Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Wird der Name Merian-Schule erwähnt, so fällt dem gebildeten Zeitgenossen sofort der berühmte Basler Kupferstecher Matthäus Merian ein, der ja in seiner "Topographia Alsatiae" auch die Stadt Freiburg abgebildet hat, allenfalls wird noch Maria Sybilla Merian, seine Tochter, als Namensgeberin der Schule vermutet, aber den wirklichen Namenspatron, Philipp Merian, kennen die wenigsten. Wer war dieser Mann, dessen Andenken in Freiburg im Namen einer Schule und dem einer Straße fortlebt?

Bereits im Jahre 1866 wurde die Straße, die vom Rathaus aus nach Nordosten führt, nach ihm benannt. Zur Begründung für die Ehrung nannte der Stadtarchivar Adolf Poinsignon "die dankbare Erinnerung an den Städtischen Ehrenrat Philipp Merian, welcher die Summe von 180 000 Gulden zu Wohltätigkeitszwecken verschiedenster Art in Freiburg stiftete". Andere Quellen nennen sogar 270 000 Gulden - eine für damalige Verhältnisse enorme Summe - nach heutiger Kaufkraft wären es mehrere Millionen Mark.

Am 5. Mai 1773 wurde Philipp Merian als eines von acht Kindern eines wohlhabenden Kaufmanns in Basel geboren. Nach kurzem Universitätsbesuch in Freiburg wechselte er an die Bergakademie Freiberg in Sachsen, um dort Bergbau und Hüttenwesen zu studieren. Seine Studien vertiefte er auf mehreren Auslandsreisen. Während der Französischen Revolution hielt er sich in Paris auf. Nachdem er unverschuldet in Not geraten war und sein Vermögen verloren hatte, kehrte er nach Basel in den Schoß der Familie zurück, die ihn mit dem Startkapital für den Bau eines Eisenwerkes in Wehr am Hochrhein versah. Durch seine eigene erfolgreiche Unternehmertätigkeit schuf er den größten Teil seines bedeutenden Vermögens, zu dem noch einige Erbschaften hinzukamen.

Im Jahre 1818, im Alter von 45 Jahren, setzte sich der unverheiratete Merian als "Rentier" zur Ruhe und verlegte seinen Wohnsitz nach Freiburg, wohl weil hier seine Schwester Margaretha, die mit dem Freiburger Kanzleirat von Gillmann verheiratet war, lebte.

Merian erwarb in Freiburg in kurzer Zeit aufgrund seiner regen Stiftungstätigkeit großes Ansehen. Mit einer Schenkung von 2 500 Gulden begann er sein wohltätiges Wirken in der Stadt - durch seine "oeconomischen Verhältnisse ... frühe schon auf(gefordert), (s)eine Blicke auf diejenigen Teile der Menschheit zu werfen, der vom Glücke weniger begünstigt, seine Lage im Kampfe mit dem harten Geschicke verleben muß", wie er selbst äußerte. Merian wollte dafür sorgen, daß auch "Individuen, sowohl einheimisch, als auch fremd, welche aus Schamgefühl nicht öffentlich dafür angesehen sein wollen, daß sie mit der Not kämpfen", Unterstützung zuteil wurde.

Für 14 100 Gulden kaufte er 1825 das alte Schneckenwirtshaus am Münsterplatz, das seit 1817 der Museumsgesellschaft gehört hatte, und übergab es der Städtischen Waisenanstalt, deren bisherige Unterkunft in der Löwengasse nicht mehr ausreichte. Für 4 000 Gulden kaufte er im Jahre 1843 zur Erweiterung noch das Nachbarhaus an der Engelstraße und beglich weiterhin die anfallenden Abgaben und Steuerverpflichtungen. Bis 1894 wurden die Baulichkeiten als Waisenhaus genutzt, 1911 wurde hier die Stadtbücherei eingerichtet, die nach der Zerstörung 1944 völlig neu wiederaufgebaut wurde. Im Namen Waisenhausgässle lebt die Erinnerung an diese Meriansche Schenkung fort.

Zahlreiche weitere Stiftungen im Wert von insgesamt über 100 000 Gulden ließ Philipp Merian den weniger Begüterten

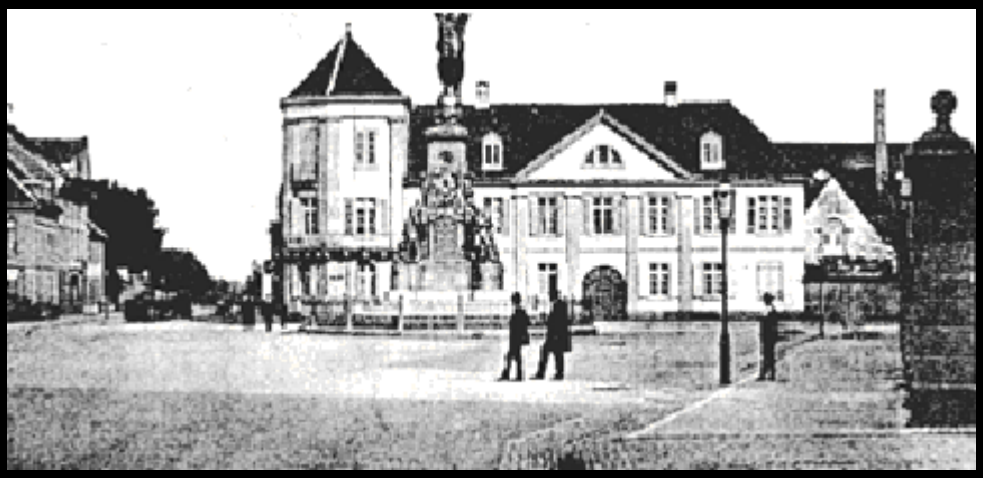
und den Benachteiligten der Stadt Freiburg zukommen (vgl. Liste der Stiftungen).

Die Stiftertätigkeit des Protestanten Merian war, ebenso wie die des katholischen Priester Sautier, immer überkonfessionell. Daß evangelische Waisen im katholischen Waisenhaus lebten, war für Merian im Jahre 1844 Anlaß seiner Waisenhaus-Fonds-Stiftung. Merians Wirken beschränkte sich nicht auf finanzielle Zuwendungen für vom Schicksal weniger Begünstigte, er kümmerte sich auch ganz persönlich um das Wohl der Waisenhauszöglinge, wie die Stadtgeschichte von 1992 berichtet. So beantragte er 1831 eine Untersuchung gegen die Waisenhausvorsteherin, da er sie verdächtigte, die Kinder zu mißhandeln. Bei seinen Besuchen im Waisenhaus war ihm ein "trübes, scheues und dumpfes Wesen" an ihnen aufgefallen. Außerdem hatten ihm "achtenswerthe Personen" über die Mißstände berichtet. Merian zog seinen Untersuchungsantrag jedoch zurück, als die Vorsteherin des Waisenhaus von kirchlicher Seite Rückhalt bekam. Allerdings konnte er offenbar doch seinen Einfluß geltend machen, denn die Stelle wurde ein Jahr später mit einer Person besetzt, die er schätzte.

1824 trug Merian dem Magistrat seinen Plan vor, vor dem barocken Christophstor ein Haus zu bauen, und bat ihn, ihm zu diesem Zweck auch das Christophstor zum Abbruch zu verkaufen. Dieses Tor hatte sich seit längerem als Hindernis für den Verkehr erwiesen. Bereits 1785 waren mehrere Heuwagen unter dem Christophstor steckengeblieben, mit der Folge, daß "weder Menschen noch Vieh" passieren konnten. "Damals hatte sich der Stadtrat gezwungen gesehen, jenen mit "drei Tagen Turm" zu drohen, die ihren Wagen nach Breite und Höhe überlüden."

Der Magistrat stimmte Merians Bitte zu, und so konnte Kreisbaumeister Arnold, Neffe und Schüler des berühmten Architekten Weinbrenner, bereits 1826 das klassizistische Haus, das noch heute einen markanten Punkt im Norden der Altstadt bildet und lange Zeit als AEG-Haus bekannt war, erbauen.

Nach der Zerstörung am 27. November 1944 wurde es rasch wieder aufgebaut und gehört heute zum Baukomplex "Zähringer Tor".



Daß der alleinstehende Merian sich dieses Haus, das 16 Zimmer, zwei runde Säle und eine Orangerie besaß, im Alter von 53 Jahren hat bauen lassen, wirft die Frage auf, welche Zukunftspläne er wohl zu diesem Zeitpunkt gehegt haben mag. Er blieb alleine und verkaufte bereits nach 15 Jahren das Gebäude, das dann 1853 in den Besitz der Familie Sautier kam, deren Wappen es noch heute trägt. Merian zog in die Stephanienvorstadt hinter dem Martinstor.

Im Juli 1848 starb Philipp Merian in Basel, wohin er sich wegen der Wirren der badischen Revolution zu einem kurzen Aufenthalt zurückgezogen hatte.

Die Verteilung seines Nachlasses hatte er in seinem Testament von 1848 bis in kleinste Details geregelt. Über 150 000 Gulden ließ er allein den Freiburger Stiftungen zukommen. Während sich seine Verwandtschaft, mit der er in gutem Einvernehmen lebte, mit persönlichen Erinnerungswerten zufrieden geben mußte, da er der Meinung war, daß sie ohnehin "von Gottes Güte so sehr gesegnet" seien, bedachte er seine Dienstboten und Bedürftige mit Legaten, wie etwa die taubstumme, ledige Tochter des Spitalverwalters, F. X. Mörder (sie erhielt 3 000 Gulden). Seine Haushälterin, Magdalena Koch aus Waldshut, sollte "von den vorhandenen Weinen ... zwanzig Ohmen oder 2 000 Maaß nach ihrer freien Auswahl, nebst zwanzig fünf Ohmen leere Fässer, alter Wein in Bouteillen, und alle gebrannten Wasser" erhalten.

Die Stadt Freiburg verehrte ihren größten Wohltäter bereits zu Lebzeiten, indem sie ihn 1824 zu ihrem Ehrenbürger und im darauffolgenden Jahr zum Ehrenrat und Ehrenmitglied aller Stiftungskommissionen ernannte.

Auch der Großherzog von Baden würdigte Philipp Merian mit mehreren hohen Orden.

Die Merianschen Stiftungen

1. Die Stiftung zur Unterstützung armer hiesiger Einwohner

2. Der Unterstützungsfonds für Hauszins (4 000 Gulden) - Mietzuschüsse für Bedürftige aus den Zinsen

3. Die Stiftung für 20 arme und gebrechliche Dienstboten beiderlei Geschlechts (30 000 Gulden)

4. Die Sparsuppenstiftung mit 12 000 Gulden zur Ausgabe einer Suppe "von guter und nahrhafter Beschaffenheit" an "hier ansässige arme Einwohner ohne Unterschied

der Konfession, welche keine Unterstützung aus dem hiesigen Armenfonds genießen und wenigstens ein Jahr in Freiburg wohnen, dann aber auch stille, unbemittel-

te hiesige Familien ..."

5. Die Waisenhaus-Fonds-Stiftung über 24 000 Gulden

6. Die Zustiftung zur Sautier-Reibeltschen Ausbildungsstiftung für die Ausbildung armer, aber talentierter Knaben und Mädchen beider Konfessionen über 34 000 Gul-

den, die auf Wunsch Merians "Sautier-Reibelt-Meriansche Stiftung" genannt wurde

7. Die Philipp Merianschen Schulstiftungen mit 16 000 Gulden zur Unterstützung fleißiger und gut gesitteter armer Schüler, ohne Unterschied der Konfession, mit Kleidung

und Schuhen

8. Die Philipp Meriansche Gedächtnisstiftung mit 4000 Gulden für hiesige "Hausarme"

9. Die Stipendienstiftung für zwei arme Studenten der Universität Freiburg mit

5000 Gulden.

Eine Reihe weiterer Stiftungen erhielten Zuwendungen von Philipp Merian; so schenkte er der Städtischen Witwen- und Waisenkasse 10 000 Gulden.

Quellen:

- Hartmann, Michaela, Schlaglicht: Philipp Merian, in: Heiko Haumann, Hans Schadek

- u.a., Geschichte der Stadt Freiburg, Band 3, S. 112 ff.

- Kalchthaler, Peter, Ein gebürtiger Basler wird zum Wohltäter Freiburgs, in: Badische

- Zeitung vom 27.6.1994

- Artikel der Badischen Zeitung ohne Autoren- und Datumsangabe

OStR´in Maria Klahm-Rauscher

nächste Seite

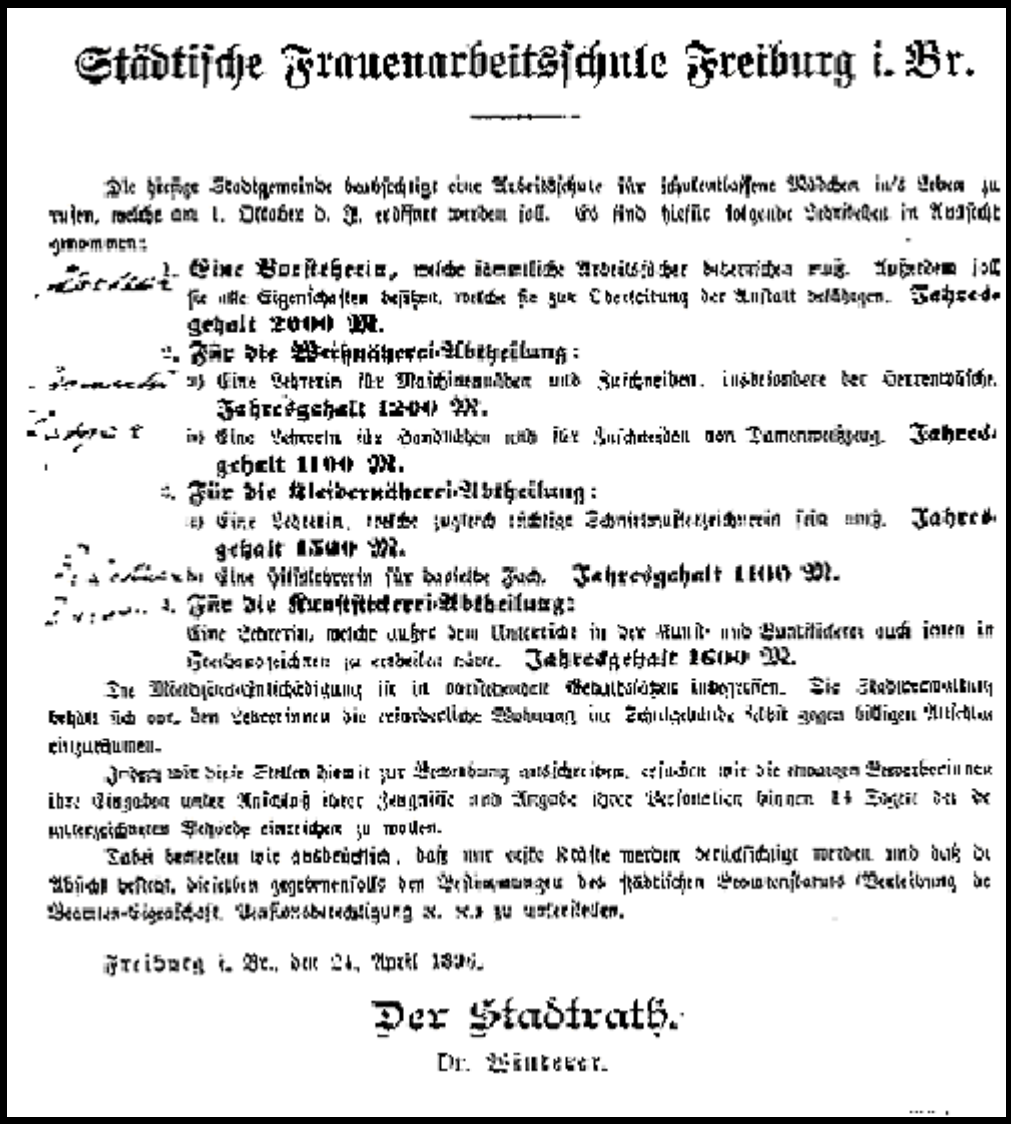
Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Die Geschichte der Merian-Schule

Von der Städtischen Frauenarbeitsschule zur Merian-Schule



Städtische Frauenarbeitsschule Freiburg i. Br.

Die hiesige Stadtgemeinde beabsichtigt eine Arbeitsschule für schulentlassene Mädchen ins Leben zu rufen, welche am 1. Oktober d. J. eröffnet werden soll. Es sind hierfür folgende Lehrkräfte in Aussicht genommen:

1. Eine Vorsteherin, welche sämmtliche Arbeitszweige beherrschen muß. Außerdem soll sie alle Eigenschaften besitzen, welche sie zur Oberleitung der Anstalt befähigen. Jahresgehalt 2000 M.
2. Für die Weißnäherei-Abtheilung:
   a) Eine Lehrerin für Maschinennähen und Zuschneiden, insbesondere der Herrenwäsche. Jahresgehalt 1200 M.
   b) Eine Lehrerin für Handnähen und für Zuschneiden von Damenwäsche. Jahresgehalt 1100 M.
3. Für die Kleidernäherei-Abtheilung:
   a) Eine Lehrerin, welche zugleich tüchtige Schnittmusterzeichnerin sein muß. Jahresgehalt 1300 M.
   b) Eine Hilfslehrerin für dasselbe Fach. Jahresgehalt 1100 M.
4. Für die Kunststickerei-Abtheilung:
   Eine Lehrerin, welche außer dem Unterricht in der Kunst- und Buntstickerei auch jenen in Handzeichnen zu ertheilen wäre. Jahresgehalt 1600 M.

Die Pensionsberechtigung ist in vorstehenden Gehaltsätzen inbegriffen. Die Stadtverwaltung behält sich vor, den Lehrerinnen die erforderliche Wohnung im Schulgebäude selbst gegen billigen Mietzins einzuräumen.

Indem wir diese Stellen hiemit zur Bewerbung ausschreiben, ersuchen wir die etwaigen Bewerberinnen ihre Eingaben unter Anschluß ihrer Zeugnisse und Angabe ihrer Personalien binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde einreichen zu wollen.

Dabei bemerken wir ausdrücklich, daß nur erste Kräfte werden berücksichtigt werden und daß die Absicht besteht, dieselben gegebenenfalls den Bestimmungen des städtischen Beamtenstatuts (Bewilligung der Beamten-Eigenschaft, Pensionsberechtigung u. s. w.) zu unterstellen.

Freiburg i. Br., den 24. April 1896.

Der Stadtrath.

Dr. Winterer.

Die Geschichte der Merian-Schule nachzuzeichnen, war insofern schwierig, als ein Teil der Schulakten während des Zweiten Weltkrieges bei dem schweren Luftangriff auf Freiburg vom 27.11.1944 in der Stefan-Meier-Straße, wohin sie ausgelagert waren, vernichtet wurde.

Die sogenannten Handlisten des Oberschulamts wurden beim Einmarsch der Franzosen im April 1945 im Hof des Stadtschulamtes verbrannt, um Spuren etwaiger Belastung von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes als NS-Anhänger zu vernichten.

Im Jahre 1996 feiert die Merian-Schule ihr hundertjähriges Bestehen. Ihre Geschichte spiegelt einen wesentlichen Teil der Entwicklung des frauenberuflichen Schulwesens der letzten hundert Jahre exemplarisch wider und zeigt einen Teil der Schulgeschichte Freiburgs, der bisher in der Stadtgeschichte unbeachtet geblieben ist.

Die neueste dreibändige Stadtgeschichte Freiburgs von 1992 erwähnt nicht einmal die Existenz dieser Schule - möglicherweise ein Indiz für die immer noch geringe Beachtung der beruflichen Bildung der Frauen.

Die Entwicklung des Schulwesens in Freiburg im 19. Jahrhundert

Während bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in Freiburg insgesamt nur fünf Schulen existierten - das Bestehen einer ersten Lateinschule, nur für Knaben, kann bereits mit einer Urkunde vom 27.2.1271 nachgewiesen werden - , kam im Laufe des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe dazu; zugleich erfuhr das Schulwesen eine Differenzierung. Die Stadt Freiburg hatte zu diesem Zeitpunkt ca. 9000 Einwohner. Die seit 1786 vorliegenden Schülerzahlen zeigen eine steigende Tendenz: waren es 1786 noch 375 Schüler, so betrug die Zahl 1850 bereits 1260.

Vorläufer des modernen Gymnasiums war das "Pädagogikum", die vierklassige Vorbereitungsschule an der Universität, die bereits 1572 eingerichtet worden war und die die Jesuiten bei ihrem Einzug an der Universität im Jahre 1620 zu einem sechsklassigen "Gymnasium academicum" weiterentwickelt hatten. In den Jahren von 1725 bis 1727 wurde das erste Freiburger Gymnasium in der Bertoldstraße 14 erbaut. 1776 führte man in Vorderösterreich schließlich die Reifeprüfung als Voraussetzung für die Zulassung zur Universität ein, und im Jahre 1792 wurden Universität und Gymnasium zu getrennten Institutionen - eine Auswirkung der Französischen Revolution.

1774 war von Kaiserin Maria Theresia auch im zu Vorderösterreich gehörenden Freiburg die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden. Sie ist Anzeichen der Einsicht in die Notwendigkeit einer allgemeinen Volksbildung, nachdem bis dahin Bildung den höheren Klassen vorbehalten war. Die staatliche Normal- oder Musterhauptschule als Volksschullehrerbildungsstätte für den gesamten Breisgau hatte sich in Freiburg aus der Lateinschule entwickelt, die seit dem Ausbau des "Gymnasium academicum" einen Niedergang erlebt hatte. Die Deutsche Schule, die 1561 vermutlich aus dem Bedürfnis von Handwerkern und Kaufleuten nach einer praktischen Grundbildung neben die Lateinschule getreten war, kennzeichnet den Beginn der Volksschulentwicklung; nach der Einführung der allgemeinen Schulpflicht wandelte man sie in die Trivial- oder Volksschule um.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Monopolstellung des Gymnasiums durch die Einführung der Realschule durchbrochen, eine Umstrukturierung des Schulwesens, die durch den enormen Aufschwung von Industrie, Handel und Wissenschaft und den damit verbundenen Gesellschaftswandel notwendig geworden war. Die Organisation des Realschulwesens war bis 1834 abgeschlossen.

In die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt auch der Beginn des Gewerbeschulwesens, das in der Zeit der Hochindustrialisierung in der zweiten Jahrhunderthälfte eine breite Ausdifferenzierung erfuhr. 1834 verfügte der Badische Staat die Einrichtung von Gewerbeschulen in "gewerbereichen Städten" und die Schulpflicht für Lehrlinge, und bereits 1837 richtete die Stadt Freiburg die erste Gewerbeschule im Breisacher Tor ein, in der abends und sonntags Unterricht in Französisch und technischem Zeichnen stattfand. Nach Beendigung der Volksschule konnten Jugendliche alternativ auch am Unterricht der Sonntagsschule der Sautier-Reibelt-Merianschen Stiftung teilnehmen.

Ab 1874 schuf der Badische Staat Fortbildungsschulen, zu deren Besuch alle Volksschulabgänger verpflichtet waren, wenn sie keinen Lehrberuf ergriffen und damit auch keine Gewerbeschule besuchten. Der Unterricht fand abends statt; er vermittelte keinerlei berufsspezifische Kenntnisse. Die Freiburger Fortbildungsschule wurde vor allem von Hausgehilfinnen und ungelernten Arbeiterinnen frequentiert.

1909 gliederte ein Gesetz über die Neuordnung der Fortbildungsschulen das Berufsschulwesen in einen kaufmännischen, einen gewerblichen und einen hauswirtschaftlichen Zweig. Damit war die Struktur des Berufsschulbereichs im 20. Jahrhundert im wesentlichen vorgezeichnet.

Mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der Schulen in Freiburg stürmisch zu, wobei der Ausbau des Schulwesens allerdings immer der Bevölkerungsentwicklung hinterherhinkte. Die Bildungspolitik blieb sehr zögerlich bis zur Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Winterer (1888 - 1913) der als erster eine zukunftsgerichtete Schulpolitik betrieb und in dessen Amtszeit eine ganze Reihe von Schulen entstand.

Frauenbildung in Freiburg

Über Jahrhunderte blieben die Freiburger Schulen den Knaben vorbehalten. Von Frauenklöstern ging die Initiative zur Mädchenbildung aus.

Sie setzte in Freiburg erst nach der Mitte des 17. Jahrhunderts ein, als der Stadtrat im Jahre 1663 die Dominikanerinnen des Dritten Ordens um die Einrichtung einer Mädchenschule bat, und bereits 1696 erlaubte er drei Luzerner Ursulinnen gegen den Widerstand der Freiburger Bürgerschaft, eine Schule "zum unentgeltlichen Unterricht für arme Mädchen" einzurichten. Im Jahre 1774 wurde durch die Reformen Maria Theresias mit der allgemeinen Schulpflicht die Schulpflicht auch für Mädchen eingeführt, aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts setzte sehr langsam, der allgemeinen Ausdifferenzierung des Schulwesens folgend, der Ausbau der Frauenbildung ein.

Öffentliche Mädchenschulen gab es in Baden erst seit 1868, nachdem mit dem Badischen Simultanschulgesetz von 1867 religiös gemischte, geschlechtlich getrennte Klassen eingeführt worden waren.

Als erste Mädchenvolksschule wurde 1896 die Hildaschule in der Bismarckstraße (heute Stefan-Meier-Straße), Ecke Rheinstraße gebaut; vorher waren die Mädchen längere Zeit in der Thorschule unterrichtet worden. Eine erste "Höhere Töchterschule" richtete man 1873 im Gebäude des Lehrinstituts Adelhausen ein.

Ab etwa den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurden aus privater Initiative von Handarbeitslehrerinnen und von sozialen Vereinen private und gemeinnützige Nähschulen geschaffen.

Die hauswirtschaftlichen Schulen haben ihren Ursprung in den sogenannten Sonntags- und Erbauungsschulen, die es bereits seit 1754 in einigen Gemeinden Badens zur Erweiterung und Vertiefung des in der Volksschule Erlernten gab. Schon 1834 wurden Mädchen im Fach Hauswirtschaft unterrichtet, gesetzlich verankert wurde es im Großherzogtum Baden jedoch erst im Jahre 1874.

1891 nahmen die badischen Fortbildungsschulen zwei neue Fächer, Kochen und Haushaltskunde, in ihren Stundenplan auf. Doch dann fehlte es an Lehrkräften. Deshalb veranlaßte Großherzogin Luise von Baden 1892 die Einrichtung eines ersten Seminars für Hauswirtschaftslehrerinnen. Die neu ausgebildeten Lehrerinnen unterrichteten 1902 bereits an 65 Mädchenfortbildungsschulen in Baden.

Der Bildungsboom im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts

Die besondere Situation in Freiburg

Schulentwicklung kann nicht losgelöst von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen betrachtet werden.

Als der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg dem Stadtrat am 7.2.1896 die Vorlage zur "Errichtung einer Städtischen Frauenarbeitsschule" zur Entscheidung vortrug, reagierte er damit auf ein offensichtlich vorhandenes Bedürfnis. Welche Umstände hatten nun zur Einrichtung einer städtischen Frauenarbeitsschule geführt?

In Freiburg hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie im übrigen Deutschland die Phase der Hochindustrialisierung eingesetzt.

Mit der Aufhebung der Zunftverfassung und der Einführung der Gewerbefreiheit durch das badische Gewerbegesetz von 1862 setzte nach einer langen Phase der Stagnation, die durch die Situation Freiburgs nach der Lösung aus dem vorderösterreichischen Verband 1806 und durch die wirtschaftliche Grenzlage gegenüber Frankreich und der Schweiz bedingt war, in Freiburg ein enormer wirtschaftlicher Aufschwung ein, der noch durch die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und die damit verbundene Annexion Elsaß-Lothringens verstärkt wurde. Damit konnte sich Freiburg zum Zentrum einer größeren Wirtschaftsregion entwickeln.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Prosperität Freiburgs in der zweiten Jahrhunderthälfte war die positive Entwicklung der Verkehrslage durch den Bau der Eisenbahn, die Freiburg im Jahre 1845 erreichte.

Das vergrößerte Wirtschaftsgebiet und die verbesserte Infrastruktur bildeten die Voraussetzung für die Entwicklung der Industrie in Freiburg. Die 1832 gegründete Nähseidenfabrik Mez war bereits 1861 mit 761 Arbeitskräften einer der größten Betriebe in Freiburg. Daneben entstand eine Reihe weiterer Betriebe im Textil- und in anderen Bereichen, wie z. B. die Cichorienfabrik Kuenzer, die Knopffabrik Rißler, die Papierfabrik Flinsch und die Buchdruckerei Herder.

Enorme Wachstumsimpulse gingen auch hier von der Reichsgründung im Jahre 1871 aus. In den sog. Gründerjahren zwischen 1867 und 1873 veränderte die Stadt sehr stark ihr Gesicht; mit dem allgemeinen Aufblühen der Stadt wuchsen vor allem die Textilindustrie und die Bauindustrie sehr kräftig. Während 1895 noch 4121 Gewerbebetriebe gezählt wurden, waren es 1907 bereits 4940.

Daß Freiburg dennoch keine Industriestadt wurde, lag an einer Politik, die sich die Förderung des Fremdenverkehrs als vorrangiges Ziel gesetzt hatte.

Mit der Entwicklung der Industrie begann in Freiburg, wie vielerorts in der zweiten Jahrhunderthälfte, ein starkes Bevölkerungswachstum, aber der wichtigste Grund für diesen Bevölkerungsanstieg war nicht die Industrialisierung, sondern der Zuzug wohlhabender Rentiers und Pensionäre wegen der reizvollen Lage der Stadt am Fuße des Schwarzwaldes. So siedelten sich wohlhabende Hamburger hier an, die vor einer Cholera-Epidemie geflohen waren.

Zwischen 1861 und 1871 wuchs die Bevölkerung sprunghaft von 16 960 auf 24 668 Einwohner, wobei allerdings die stärkste Entwicklung zwischen 1871 und 1888 als Folge der politischen Einigung Deutschlands und der anschließenden Gründerjahre zu verzeichnen ist. Danach verlangsamte sich der Anstieg wieder.

Das rapide Wachstum der Stadt durch wirtschaftlichen Aufschwung und Zuzug von Privatiers führte zu einer raschen und kräftigen Zunahme der Schülerzahlen.

Beispielsweise hatte sich zwischen 1875 und 1883 die Zahl der Volksschüler verdoppelt, so daß sehr bald eine Schulraumnot eintrat. Die Stadt reagierte mit einer regen Schulbautätigkeit; ab 1883 kam es zu einem regelrechten Boom im Schulbau, ebenso bei der Gründung neuer Schulen.

Eine wesentliche Rolle für diese neue Schulpolitik spielten zudem auch die enormen, mit der raschen Industrialisierung einhergehenden sozialen Verwerfungen, von denen das Bürgertum annahm, sie ließen sich durch vermehrte Anstrengungen zur Bildung der unteren Schichten beseitigen oder zumindest mildern. Zugleich war eine weitere Voraussetzung gegeben - durch den Wirtschaftsboom der sog. Gründerjahre war Bildung auch finanzierbar.

Es setzte ein regelrechter Bildungsboom ein, der in Freiburg im wesentlichen mit dem Namen von Oberbürgermeister Dr. Winterer verbunden ist, in dessen Amtszeit auch die Frauenarbeitsschule, aus der die Merian-Schule hervorging, entstand. Eine seinem "Antrag für die Errichtung der städtischen Haushaltungsschule und der Frauenarbeitsschule" beigefügte Broschüre belegt die oben dargestellten Zusammenhänge:

" ... daß nach der mächtigen Entwicklung unseres gesamten Staatslebens und namentlich auch unserer Industrie in den siebziger Jahren die sozialen Fragen sich gar sehr häuften ... Vielleicht ist auch gerade in letzter Zeit, durch den gewaltigen Aufschwung der Industrie und die größere Inanspruchnahme der weiblichen Elemente durch dieselbe, erst der Mangel an genügender wirtschaftlicher Ausbildung zu Tage getreten.

...Einen gesellschaftlichen Mißstand erkennen, heißt nun in unserer Zeit, ... an der Beseitigung desselben zu arbeiten. .... Eine Anzahl von Fabrikanten, von Privaten und Vereinen gründeten Haushaltungs- und Kochschulen, Kochkurse zum Teil für die Mädchen der vermögenderen und ärmeren Stände zusammen, zum Teil nur für die letzteren bestimmt."

Von der Frauenarbeitsschule zur Merian-Schule

1896 - 1932

Das Beispiel der Frauenarbeitsschule, aus der die Merian-Schule hervorging, zeigt sehr eindrucksvoll die Wechselwirkung von wirtschaftlicher, sozialer, politischer und schulischer Entwicklung.

Die Gründung der Städtischen Frauenarbeitsschule im Jahr 1896 fiel, wie bereits erwähnt, in die Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Winterer. Mit ihm war ein Mann an die Spitze der Verwaltung getreten, der den Bildungsbedarf erkannt hatte und sich dem Ausbau des Freiburger Schulwesens mit großem Einsatz widmete.

Der enorme Zuwachs an Schülern war mit Notlösungen nicht mehr zu bewältigen, die sozialen Probleme mußten aktiv angegangen werden.

Als die Städtische Frauenarbeitsschule am 1. Oktober 1896 eröffnet wurde, war dem eine vierjährige Vorbereitungsphase vorausgegangen. Frauenarbeitsschulen bzw. Frauen-Industrie- und Fortbildungsschulen existierten bereits in einer Reihe von Städten, so z.B. in Straßburg, Basel, Lahr , Pforzheim. Hamburg besaß sogar eine Gewerbeschule für Frauen.

Auch in Freiburg gab es neben gemeinnützigen Nähschulen schon seit den siebziger bzw. achtziger Jahren zwei privat geführte Frauenarbeitsschulen, die Frauenarbeitsschule von Frau A. E. May, die sich in den Räumen von St. Ursula in der Eisenbahnstraße 50 befand, und die "Privat-Frauenarbeitsschule" von Cäte Serff für "Frauen und Töchter gebildeter Stände" am Karlsplatz 38.

Erste Diskussionen über die Errichtung einer Frauenarbeitsschule als "Gemeindeanstalt" fanden im Freiburger Stadtrat bereits am 8.10.1892 statt, und am 28.10.1892 wurde die Einsetzung einer "Kommission zur Errichtung einer Frauenarbeitsschule" beschlossen, die schon im Dezember 1892 einen Lehrplanentwurf vorlegte und organische Erweiterungsmöglichkeiten für die Schule, abhängig von deren Erfahrungen, anregte. So wurden eine Haushaltungs- und Kochschule, eine Gesundheits- und Krankenpflegeschule und ein Internat ins Auge gefaßt. Aber es sollte noch vier Jahre

dauern, bis die Pläne zur Ausführung reif waren. Die Kommission, in die 1895 nach einigen Diskussionen auch eine Frau, Fanny Sautier vom Luisen-Frauen-Verein, aufgenommen wurde, besichtigte eine Reihe bereits bestehender Einrichtungen in Straßburg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen und Hamburg, und ihre Planungen führten nach sehr gründlichen Vorbereitungen zu einer Vorlage für die "Errichtung einer Frauenarbeitsschule als Gemeindeanstalt", die Oberbürgermeister Dr. Winterer am 7.2.1896 dem Stadtrat zur Genehmigung vortrug.

Dem Stadtrat lagen Anträge für die Errichtung zweier Mädchenschulen, einer Haushaltungsschule und einer Frauenarbeitsschule vor. Während die Haushaltungsschule eine allgemeine Ausbildung als Grundlage für eine spätere Berufstätigkeit bieten sollte, war der neu einzurichtenden Frauenarbeitsschule eine weitere Vervollkommnung der Haushaltungs- und Handarbeitsausbildung als Ziel gesetzt. Der Oberbürgermeister begründete seinen Antrag, für den sicher auch die Tatsache, daß mehrere badische Städte bereits solche Schulen besaßen, eine Rolle spielte, wie folgt: "Die Schule soll dem Mädchen vor Allem das lehren, was ihm später als Hausfrau, als Familienvorsteherin zu wissen nöthig ist, außerdem aber auch Alles das, was es wissen und können muß, wenn es sich aus eigener Kraft erhalten, wenn es seinen Erwerb im Wettkampf des Lebens selbst zu erhalten suchen muß ... Der Wettbewerb ist ein gesteigerter, die Ausbildungsgelegenheit eine viel seltenere, weil die früher hier eingreifende ... Ausbildung in der Familie aus den verschiedensten Gründen nur noch einer verhältnismäßig kleinen Zahl gewährt werden kann."

Die Schulkommission für die Errichtung der Frauenarbeitsschule konkretisierte die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung:

"Immer geringer wird kraft Verkettung der socialen Verhältnisse der Prozentsatz derjenigen Mädchen, welche in der Ehe den glücklichen Abschluß ihrer Jugendzeit finden. Die übrigen Angehörigen des weiblichen Geschlechts sind, wenn sie nicht Verwandten oder öffentlichen Schutzanstalten anheimfallen wollen, in weitaus den meisten Fällen genöthigt, sich einen Beruf zu suchen und gerade die Tatsache, daß es dem weiblichen Geschlechte weit schwerer fällt, einen solchen Beruf zu finden, muß uns, wie andere Städte, zwingend dahin führen, die nach Lage der Verhältnisse erreichbaren Bildungsmittel ... durch die neutrale, objektiv spendende Hand der Gemeindeverwaltung zu geben."

Ganz offenbar war dabei an eine den Gewerbeschulen für Männer entsprechende Einrichtung gedacht. Und hier stellte Oberbürgermeister Dr. Winterer einen Mangel fest: "Während Staat und Gemeinde für den volkschulentlassenen Knaben und Jüngling durch Unterhaltung einer ganzen Anzahl öffentlicher, alle Berufsarten berücksichtigende Schulen sorgen, ist bis jetzt für das Mädchen, welches später im Erwerbsleben sogar einen viel schwierigeren Stand hat, noch fast nichts geschehen." Auf dem Lande hätten Kreise und Vereine solche Schulen gegründet, wohingegen die Mädchen in Freiburg weitgehend auf den Besuch von Privatanstalten angewiesen seien, die wohl bahnbrechend gewirkt hätten, aber keine "Jedermann zugängliche Einrichtungen" seien. Deshalb sollte eine Gemeindeanstalt gegründet werden, "welche dem schulentlassenen Mädchen alles bietet, was es im späteren Leben an weiblichen Fertigkeiten und Kenntnissen bedarf". Es sei die Aufgabe der Gemeinde als Vertreterin aller gemeinnützigen Bestrebungen, für eine solche Einrichtung zu sorgen. "Da soll eine öffentliche Schule in die Lücke treten", die jeder jungen Frau nützen kann, "auch wenn sie es nicht nöthig hat, mit den dort erworbenen Fertigkeiten ihre Existenz zu gründen".

Oberbürgermeister Dr. Winterer verglich die Schule zwar mit den bestehenden Gewerbeschulen, stellte aber fest, daß sich ihre Bestimmung "naturgemäß mit jener der Gewerbeschule nicht vollständig deckt". Denn, so die Schulkommission: "Die Töchter werden der Arbeit zurückgegeben, die ihrer Natur und ihren Anlagen, ihrer Bestimmung entspricht."

Die Kommission bemerkte, daß es vorläufig zwar noch nicht möglich sei, eine "Gewerbeschule für Mädchen" bzw. "Fachschulen für Mädchen" zu errichten, die sich auf alle Zweige der weiblichen Erwerbsmöglichkeiten erstreckten, wie z.B. die Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg, daß man aber die Mädchen in einzelnen Fächern, u.a. in der Handarbeit, so gut ausbilden wolle, daß sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten.

Noch einen weiteren Zweck für die Einrichtung der neuen Schule nannte die Schulkommission: die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die geringen Einkommen machten es notwendig, daß die Mädchen die Bekleidung der Familie selbst herzustellen lernten, um so zum Erhalt des Wohlstands der Familie beitragen zu können. Dies sei "eines der schönsten Ziele, welche dem weiblichen Geschlecht gesteckt (seien)".

Drei Gründe haben also für die Einrichtung einer Frauenarbeitsschule durch die Stadt im Jahre 1896 eine Rolle gespielt: Zum einem gab es einen Bedarf der expandierenden Textilindustrie an Kräften mit einer Grundausbildung, zum zweiten mußten die Jugendlichen bei der steigenden Zahl von Schulabgängern versuchen, bei zunehmender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt der expandierenden Textilindustrie ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern, und drittens waren Kenntnisse in Nähen und Handarbeit auch für die private Haushaltsführung nützlich. Das Rationalisierungsprinzip hatte auch im Haushalt Einzug gehalten, und oft gab es für die Mädchen gar keine Gelegenheit mehr, in der Familie eine Haushaltsausbildung, wie früher üblich, zu erwerben, vermutlich, weil die Mütter entweder selbst Dienstmädchen hatten oder weil sie, vor allem in den unteren Schichten, selbst berufstätig waren.

Für die Zukunft war vorgesehen, daß auf Dauer "kein Gebiet der weiblichen Tätigkeiten ausgeschlossen werden" sollte. Würde sich die Schule als lebensfähig erweisen, konnte sie dann aus kleinen Anfängen als Nähschule allmählich den Bedürfnissen der Zeit und der Entwicklung der Stadt Freiburg entsprechend weiter ausgebaut werden, und erst nach

Sammlung von Erfahrungen sollte sie ein endgültiges Statut erhalten, wie es andernorts ebenfalls geschehen sei.

Zur Einrichtung gab die Schulkommission eine ganze Reihe von konkreten Empfehlungen, Fächer, Wochenpensum, Schulgeld, Erweiterungsmöglichkeiten und Lehrpersonal betreffend. "Die Lehrerin im Kleidermachen möge thunlichst in Paris oder Berlin ausgebildet sein. Pfuscherinnen in dieser Specialität gibt es in großer Zahl. ... Die Lehrerin im Buntsticken möge man von Wien beziehen." Tatsächlich kamen die Schneiderlehrerinnen lange Zeit aus Wien. Als Betriebskosten faßte man etwa 5200 Mark ins Auge.

Der Stadtrat stimmte am 7. Februar 1896 der Errichtung der beiden Mädchenschulen zu, die beide im Schulgebäude St. Ursula in der Eisenbahnstraße 50 untergebracht wurden. Die städtische Frauenarbeitsschule übernahm Räume und Inventar der Frauenarbeitsschule von Fräulein May, deren Bewerbung an der neuen Schule allerdings ebensowenig berücksichtigt wurde wie die von Fräulein Cätchen Serff, der Besitzerin der "Privat-Frauenarbeitsschule", die ihre Verzweiflung über die Zerstörung ihres Lebenswerks in einem Brief an Oberbürgermeister Dr. Winterer kundgetan hatte.

Am 1. Mai 1896 wurden im Freiburger Tagblatt, im Berner Bund, der National-Zeitung Basel und im Straßburger Tageblatt die Lehrerinnenstellen ausgeschrieben. Für die fünf Stellen bewarben sich 87 Lehrerinnen aus dem gesamten Reichsgebiet, Österreich und der Schweiz, u.a. aus Metz, Saargemünd, Stettin, Weimar, Frankfurt an der Oder, Lugano und Wien. Die erste Vorsteherin wurde Frl. Anna Hertzer aus Straßburg, die übrigen Lehrerinnen waren Frl. Siegwarth, Frl. Berger, Fr. Brückner und Frl. Burger. Als Jahresgehalt wurden der Vorsteherin 2000 Mark und den anderen Lehrerinnen zwischen 1100 und 1600 Mark gezahlt.

Am 4. September 1896 verkündete das Freiburger Tagblatt die Eröffnung der Schule zum 1. Oktober des Jahres in den Räumen von St. Ursula und forderte zur Anmeldung auf. Am 21.9.1896 lud die Vorsteherin der neuen Schule, **Frl. Hertzer**, in einer Anzeige im Tagblatt zur feierlichen Eröffnung der neuen Schule ein.

Daß die Einrichtung tatsächlich einem dringenden Bedürfnis nachkam, beweist die große Zahl der Anmeldungen: 92 Schülerinnen waren es bei der Eröffnung, diese Zahl erhöhte sich noch in den folgenden Wochen auf 112. Im Wintersemester 1897/98 gab es bereits 148 Schülerinnen.

Die ersten von der Frauenarbeitsschule selbst erhaltenen Quellen sind der von Frl. Hertzer entworfene Lehrplan und die Schulordnung, die der Stadtrat am 23. Sept. 1896 genehmigte. Der Lehrplan sah folgende Fächer vor:

1. Handnähen 2. Maschinennähen und Wäschezuschneiden 3. Kleidermachen 4. Kunstflicken und Kunsthandarbeiten 5. Freihandzeichnen 6. Putzmachen 7. Feinbügeln 8. Deutsch und Rechnen 9. Material- und Stoffkunde 10. Methodik und Lehrübungen 11. Pädagogik 12. Buchführung, Rechnen und Geometrie 13. Deutsch, Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre.

Das Schuljahr war in Trimester geteilt: Der erste Kurs dauerte von Januar bis Ostern, der zweite von Ostern bis Ende Juli und der dritte von Mitte September bis Weihnachten. Täglich fand vormittags von 9 -12 Uhr und nachmittags von 14 -17 Uhr der Unterricht statt, mit Ausnahme der Mittwoch- und Samstagnachmittage.

Die Schulordnung regelte das Zusammenleben in der Schule mit strengen Verhaltensvorschriften. Die Schüler werden zum "artigen Verkehr untereinander ... den Forderungen einer guten Erziehung entsprechend" gemahnt. Sie sollen fleißig, reinlich und pünktlich, ordentlich und sorgfältig sein. Geregelt wurde aber nicht nur der Umgang der Schülerinnen mit Lehrerinnen und Mitschülerinnen, sondern auch der mit den zur Verfügung gestellten Maschinen und Materialien.

Obwohl keine Schülerinnenlisten vorhanden sind, können wir aus den Schulgeldforderungen auf die Klientel der neuen Frauenarbeitsschule schließen. Für den Ganztagsunterricht wurde ein Schulgeld von 30 Mark, für den Halbtagsunterricht eines von 20 Mark pro Halbjahr festgesetzt. Bei einem Vergleich der Schulgeldsätze mit den Lehrerinnengehältern, zwischen 100 und 130 Mark monatlich, wird deutlich, daß nur Mädchen aus gutbürgerlichen Kreisen, sog. "höhere Töchter", den Besuch dieser Schule bezahlen konnten, von den wenigen Ausnahmen der Schulgeldbefreiung abgesehen. Das bedeutet, daß die Schule keineswegs jedermann zugänglich war, wie es der Oberbürgermeister in seinem Antrag postuliert hatte. Weitere Belege für diese Annahme zur Klientel dürften zum einen die Angabe der Schulkommission sein, daß sich die von ihr visitierten Schulen aus "dem guten Mittelstand recrutirten" und fast alle nur einige wenige Freiplätze an sorgfältig ausgewählte Mädchen vergäben, zum anderen die in der Lahrer Schülerinnenliste der vergleichbaren Schule

angegebenen Berufe der Väter - zumeist Fabrikanten, höhere Beamte und nur wenige Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Angestellte. Aus den zwanziger und dreißiger Jahren datieren Vorwürfe über Hochmut der Schülerinnen aus den besseren Kreisen, und noch die Nationalsozialisten rügen die soziale Privilegierung der besseren Stände durch diese Schule.

Am 30. und 31. Mai 1897 lud die Frauenarbeitsschule bereits zu einer ersten Ausstellung von Schülerinnenarbeiten ein; die Veranstaltung fand dann bis 1943 in jährlichem Rhythmus stattfand.

Schon im September 1898 richtete der Stadtrat den Antrag an das Kultusministerium, Schülerinnen als Handarbeitslehrerinnen ausbilden zu dürfen. Noch im November des Jahres teilte das Ministerium der Justiz, des Kultus und des Unterrichts der städtischen Frauenarbeitsschule mit, daß sie die Berechtigung besitze, Schülerinnen zur Prüfung zu Handarbeitslehrerinnen vorzubereiten, die vor dem Oberschulrat in der "unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheit, der Großherzogin, stehenden Anstalt in Karlsruhe" abgenommen werde; zugleich warnte das Ministerium aber auch vor der "Überproduktion von Handarbeitslehrerinnen, die bereits seit Jahren besteht". Daß Frauen in den Lehrberuf strebten, war sicher eine Folge der Tatsache, daß für sie fast ausschließlich in diesem Bereich die Möglichkeit einer höherwertigen Ausbildung bestand.

Die ersten drei Freiburger Schülerinnen legten schon im Januar 1899 ihre Prüfung in Karlsruhe mit Erfolg ab, wie übrigens in den langen Jahren des Bestehens dieses Ausbildungszweigs nie eine Freiburger Schülerin bei diesen Prüfungen durchfiel. Damit konnte die Frauenarbeitsschule die erste Berufsausbildung anbieten. Bereits im Wintersemester 1899/1900 wird die erste an der Schule selbst ausgebildete Lehrerin, Frl. Enderle, erwähnt.

Die Schule wuchs in den nächsten Jahren kräftig. Im Oktober 1899 stellte Frau Hertzer den Antrag, eine weitere Klasse für Maschinennähen einrichten zu dürfen, und im Herbst 1900 wurden laut Freiburger Tagblatt "Handelscurse" für Mädchen eingerichtet, die sich zum Ziel setzten, Töchter von Handwerkern und Geschäftsbesitzern in der einfachen Buchführung anzuleiten - als "Stütze für das elterliche Geschäft".

Seit Mai 1903 konnte auch ein "Feinwasch- und Bügelkurs" mit einer Dauer von zweieinhalb Monaten angeboten werden, die ab 1904 auf sechs Monate verlängert wurde. Interessant in diesem Zusammenhang sind die Kosten, die die neue Einrichtung verursachte. Die Summe der Anschaffungen belief sich auf 581,70 Mark, wobei zum Beispiel für ein Bügeleisen 3,50 Mark, für einen Kochtopf 3,00 Mark zu zahlen waren.

Der 18. September 1902 brachte für die neue Schule ein ganz besonderes Ereignis; an diesem Tag nämlich stattete ihr die Großherzogin von Baden, die sich sehr für die Mädchenbildung einsetzte, einen Besuch ab und zeigte sich von Einrichtung und Leistungen sehr angetan, wie überhaupt über viele Jahre hinweg das hohe Niveau der Schule gelobt wurde. Vor allem das Maschinennähen erfreute sich großen Zuspruchs, und so wurde 1903 eine weitere solche Klasse eingerichtet.

Schließlich eröffnete man im Jahre 1904 zur intensiveren Vorbereitung auf die Prüfung eine spezielle Vorbereitungsklasse für die staatliche Handarbeitslehrerinnenprüfung.

Auf Beschluß der Kommission für die Errichtung der Frauenarbeitsschule fand am 27.02.1908 die erste Lehrerinnenkonferenz statt. Sie unterschied sich wohl kaum von heutigen und beschäftigte sich mit der Erstellung der Zeugnisse und der Regelung einer Krankheitsvertretung. Zwischen 1896 und 1908 wuchs die Schule stark; sie verzeichnete 14 Klassen und hielt sich auf diesem Stand bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges; im Wintersemester 1913/14 zählte sie 333 Schülerinnen. Der Lehrplan der Frauenarbeitsschule änderte sich seit 1896 nicht.

Im Frühjahr 1914 suchte Frau Hertzer gegenüber dem Stadtrat um die Anerkennung der Frauenarbeitsschule als Gewerbeschule nach, nachdem das Freiburger Tagblatt darüber berichtet hatte, daß die Karlsruher Frauenarbeitsschule vom großherzoglichen Ministerium des Inneren als solche anerkannt worden war. Das hätte bedeutet, daß nun für Frauen die Möglichkeit geschaffen worden wäre, an der Frauenarbeitsschule eine Berufsausbildung zur Weißnäherin oder Kleidermacherin zu erwerben. Vorgesehen war, die Zulassung zur Gesellenprüfung statt durch eine dreijährige Lehre durch eine zweijährige Ausbildung an der Frauenarbeitsschule, gefolgt von einem halben Jahr praktischer Ausbildung, zu erreichen. Für Jungen gab es immerhin die Möglichkeit, an der städtischen Gewerbeschule eine Berufsausbildung zu absolvieren. Frau Hertzer erfuhr Unterstützung für ihr Unternehmen durch den "Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung" in Berlin, einen Frauenverband, der die Schule mit dem Hinweis auf den "unzeitgemäßen Charakter von Ausbildungsstätten für den Hausbedarf" aufforderte, die bestehende Abteilung für Schneiderei zu

"Lehrwerkstätten für Berufsschneiderinnen" auszubauen. Die Verbesserung der schulischen Berufsausbildung für Frauen wurde offenbar als immer wichtiger erachtet und sowohl aus den Frauenschulen heraus als auch durch die Emanzipationsbewegung seit der Jahrhundertwende gefördert.

Aber die "Handwerkskammer für die badischen Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg" wandte sich aus eigenen ökonomischen Interessen gegen diese Bestrebungen mit der Begründung, daß eine Werkstattlehre der "volkswirtschaftlich wohlfeilste Weg" sei, allenfalls könne der Besuch der Frauenarbeitsschule als Teil der Lehre anerkannt werden. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurden diese Pläne erst einmal zu den Akten gelegt. Erst nach dem Krieg, als Frauen wegen des Verlusts der Männer und der Wirtschaftskrisen berufstätig sein mußten, begann sehr langsam die Erkenntnis ins Bewußtsein zu dringen, daß weibliche Berufsausbildung sinnvoll ist.

In den Quellen aus diesen Vorkriegsjahren sind nationalistische Töne nicht zu überhören. So forderte die Firma Gerteis von der Stadt Freiburg, daß die Frauenarbeitsschule deutsche Nähmaschinen des Fabrikats "Gritzner Palma" statt der amerikanischen Singer-Nähmaschinen anschaffen solle. Frau Hertzer rechtfertigte ihre Wahl gegenüber der Stadt mit der besseren Qualität der amerikanischen Maschinen, wurde aber aufgefordert, in Zukunft deutsche Maschinen zu kaufen.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 schlug sich sogleich im Schulalltag nieder. Die "Lehrerin für Kleidermachen", die aus Wien stammte, kehrte zu Anfang des Winterkurses nicht aus ihrer Heimatstadt zurück.

Obwohl mit dem Beginn des Kriegs die Zahl der Schülerinnen schlagartig auf 167 Schülerinnen in neun Klassen zurückging, litten die Lehrerinnen nicht unter Arbeitsmangel; sie waren ständig bei der Arbeitsstelle für stellenlose Frauen und Mädchen damit beschäftigt, das Zuschneiden von Wäschegegenständen zu beaufsichtigen.

Anfang 1917 beschloß der Stadtrat der Stadt Freiburg, die Schule aus dem Schwarzen Kloster in das Haus Wallstraße 10, Ecke Marienstraße, das spätere Kindergärtnerinnenseminar, heute Teil der Fachschule für Sozialpädagogik, zu verlagern, um, wie einem Artikel im "Alemannen" vom 19.7.1937 zu entnehmen, "anderen Schulen, die ihre Räume als Kriegslazarette zur Verfügung gestellt hatten, Platz zu machen".

In dieser Zeit wurden die Auswirkungen des Krieges auf den Schulbetrieb immer stärker bemerkbar. Wegen Heizstoffknappheit mußte die Schule im Februar und März geschlossen werden; die für alle Schulen deswegen angeordnete Kürzung der Oster- und Pfingstferien scheiterte in der Frauenarbeitsschule aber wegen Stoffmangels.

Die Rohstoffknappheit setzte sich auch nach dem Krieg noch fort; so mußte 1919 der Antrag von Frau Hertzer auf Einrichtung von Abendkursen im Nähen und Kochen für weibliche Angestellte des Kaufmannsfachs und Angehörige der Minderbemittelten wegen "Heizungsnot" zurückgestellt werden. Als die Verhältnisse sich zu normalisieren begannen, bot die Schule kontinuierlich Abendkurse an.

nächste Seite

Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Anfang der zwanziger Jahre dürfte auch das Vorbereitungsjahr für die Handarbeitslehrerinnenprüfung zu einem dreijährigen Seminar ausgebaut worden sein.

In den ersten Nachkriegsjahren, zwischen 1920 und 1924, erlebte die Frauenarbeitsschule einen enormen Aufschwung. Sie konnte 1920 330 Schülerinnen, 1924 sogar 460 Schülerinnen in 19 Klassen verzeichnen. Mit bis zu 50 Schülerinnen pro Lehrerin waren die Klassen überfüllt. Die Schule platzte aus allen Nähten, auch weil manche Schülerinnen aus Zeitvertreib, wie Frau Hertzer bemerkte, die Kurse fünf bis sechs Mal besuchten. Als alle Notlösungen für die Beschaffung neuer Räume ausgeschöpft waren - Frau Hertzer mußte ihre Wohnung im Schulgebäude aufgeben - zog die Schule 1922 in die Gartenstraße 2-4, ins sogenannte Breisacher Tor, einen Teil der Vaubanschen Festungsanlage, heute "Stelle zur Gleichberechtigung der Frau".

Aber der Aufschwung der Schule war mit der Inflation von 1923 fast abrupt zu Ende. Als der Antrag für den Kauf zweier neuer Nähmaschinen zum Preis von je 60 000 Mark gestellt wurde, wartete die Schule die Genehmigung des Schulamts gar nicht erst ab, sondern kaufte am selben Tag, da die Maschine einen Tag später bereits das Doppelte gekostet hätte. Das Schulamt reichte die Genehmigung am nächsten Tag nach.

Bereits 1921 war das Schulgeld von jährlich 120 Mark für drei Kurse auf 240 Mark, für den Halbtagskurs von 30 auf 60 Mark erhöht worden; auf dem Höhepunkt der Inflation am 14. September 1923 kostete der Ganztagskurs 40 000 000 Papiermark, am 15. November war der Schulgeldsatz bereits auf 400 Milliarden Mark gestiegen.

Zu Beginn des Schuljahrs 1926/27 übernahm Frau Schwalbe nach der Zurruhesetzung von Frau Hertzer die Leitung der Frauenarbeitsschule in einer für die Schule äußerst schwierigen Zeit.

Mit der Verarmung breiter Bevölkerungskreise, vor allem des Bürgertums, zwischen 1923 und 1932 durch Inflation und Weltwirtschaftskrise, sanken die Schülerinnenzahlen dramatisch ab, so daß 1929 sogar eine Schließung der Schule erwogen wurde und Lehrerinnen entlassen werden mußten.

Als Ursache für den Rückgang nannte die neue Schulleiterin, **Frau Schwalbe**, ausdrücklich die wirtschaftliche Lage, die "viele Familien (nötigt), ihre Töchter einem Beruf zuzuführen, wo sie bald Geld verdienen". Es wurde immer deutlicher, daß das Interesse an reinem Näh- und Wäschepflegeunterricht für den Haushalt abnahm, weil die Mädchen in der Folge der Weltwirtschaftskrise gezwungen waren, zur Sicherung des Familienunterhalts durch eigene Berufstätigkeit beizutragen und dann oft eher die Handels- und Gewerbeschule besuchten, um für ein Berufsleben besser gerüstet zu sein.

Eine weitere Ursache für den Schülerinnenschwund war die Zunahme der weiblichen Berufstätigkeit aufgrund der fehlenden Heiratsmöglichkeiten, da viele junge Männer im Krieg gefallen waren, wie Frau Binder, die spätere Leiterin der Schule, nach dem Zweiten Weltkrieg in ihren Erinnerungen schrieb.

Hinzu kamen die Erhöhung des Schulgeldes, das viele Familien wegen der Krise nicht mehr zahlen konnten, und die starke Konkurrenz privater "caritativer Schulen", inzwischen sieben an der Zahl, die wesentlich weniger Schulgeld forderten.

Als weiteren Grund für den Rückgang führte Frau Schwalbe an, daß seit der Einführung des neuen Fortbildungsschulgesetzes von 1929 der Besuch der Fortbildungsschule neben dem der Frauenarbeitsschule obligatorisch wurde, weshalb gerade das gehobene Bürgertum seine Töchter möglichst in höheren Schulen oder privaten Einrichtungen anmeldete, um die Fortbildungsschule zu vermeiden.

Außerdem war 1925 das staatliche Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe geschaffen worden. Seither ging das Freiburger Seminar, das an der Frauenarbeitsschule bestand, auf Druck des Kultusministeriums in Karlsruhe zurück, bis es 1932 trotz intensiver Bemühungen des Stadtrats auf Weisung des Kultusministers geschlossen werden mußte. Bereits am 20.4.1928 hatte das Ministerium vor einer weiteren Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen mit dem Hinweis gewarnt, daß 250 ausgebildete Handarbeitslehrerinnen auf Verwendung im Staatsdienst warteten, während nur 12 bis 15 jährlich gebraucht würden.

Seit dem Verlust des dreijährigen Ausbildungslehrgangs für Handarbeitslehrerinnen konnte die Schule keine Berufsausbildung mehr anbieten.

Die Frauenarbeitsschule mußte auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren, wollte sie ihren Erhalt sichern. Mit der wirtschaftlichen Not verbreitete sich, wenn auch immer noch langsam, die Erkenntnis, daß Frauen eine gute Berufsausbildung erwerben sollten.

Frau Schwalbe reflektierte diese Situation und betrieb daher sehr tatkräftig eine Umgestaltung der Schule. Zuerst forderte sie eine Senkung des Schulgeldes auf die Höhe des Schulgeldes der caritativen Schulen, um andere soziale Kreise zu gewinnen; sodann wurden die Abendkurse ausgebaut, Kurse für Erwerbslose, "Weihnachtsbacken" und Arbeitsnachmittage für Schulkinder eingerichtet.

Sodann wurde der Plan, Berufsausbildungsmöglichkeiten zu bieten, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg ins Auge gefaßt worden war, mit dem Vorschlag von Frau Schwalbe wieder aufgenommen, der Schule eine hauswirtschaftliche Abteilung anzugliedern, um durch das Angebot einer hauswirtschaftlichen Berufsausbildung, die laut Frau Schwalbe gefragt war, die staatliche Anerkennung als Fachschule, d.h. als "Berufsausbildungsstätte, die heute notwendig ist", zu erreichen, wodurch vielen Familien zugleich der Kinderzuschlag weitergezahlt wurde.

Zudem sollten so Schülerinnen aus zahlungsfähigeren Kreisen gewonnen werden, die es sich in diesen schwierigen Zeiten nicht mehr leisten konnten, ihre Töchter auswärts Pensionate besuchen zu lassen.

Des weiteren entwarf Frau Schwalbe bereits 1928 den Plan einer Einrichtung, "an der Schülerinnen die Berechtigung erwerben, z.B. Kindergärtnerin, Jugendleiterin oder Sozialbeamtin zu werden".

Außerdem setzte sie 1929 durch, daß der Besuch der Frauenarbeitsschule die Schülerinnen während der dreijährigen Fortbildungsschulpflicht vom obligatorischen Handarbeitsunterricht des 1. und 2. Fortbildungsschuljahres und völlig vom Besuch des 3. Fortbildungsschuljahres befreite, damit die Schule attraktiver für "Töchter aus höheren Kreisen" würde.

Trotz mehrerer Anläufe und großer Bemühungen gelang es der Schulleiterin nicht, den Ausbau der Frauenarbeitsschule zur Berufsausbildungstätte durchzusetzen - wohl vor allem aufgrund des Finanzmangels der Kommune.

Frau Schwalbe machte aus der Not eine Tugend. Sie warb für die Städtischen Frauenarbeitsschule in der Satzung von 1931, indem sie unter Hinweis auf die schweren wirtschaftlichen Zeiten des Mangels und der Armut seit Beginn der Weltwirtschaftskrise von 1929 den Schulzweck folgendermaßen definierte: "daß jedes junge Mädchen ... sich in allen weiblichen Handarbeiten übt, die dazu dienen, Volksgut zu erhalten" und damit "für den Bedarf des eigenen Hauswesens und zur Förderung der Erwerbsfähigkeit" gründlich ausgebildet wird.

1933 - 1945

Städt. Frauenarbeitsschule Freiburg i. Br.

Abteilung für Hauswirtschaft

Beginn der Kurse: Montag, den 28. Mai 1934

Kurs A Koch- und Hauswirtschaftskurs, verbunden mit Fortbildungskurs in Weißnähen, Kleidermachen oder Kunsthandarbeit
Belegung: vierteljährlich
Dauer des Schulbesuchs: 1 Jahr, bei Bedarfsfalle 2 Vierteljahre
Aufnahmealter: Mittl. Reife oder das vollendete 16. Lebensjahr

Kurs B Hausfrauenkurs: Kochen, Backen, Waschen, Bügeln, Flicken und Hausarbeit
Belegung: monatsweise
Dauer des Schulbesuchs: beliebig
Aufnahmealter: mindestens das vollendete 16. Lebensjahr

In beiden Kursen erhalten die Schülerinnen an den Kochtagen Mittagsbeköstigung

Da nur eine begrenzte Anzahl von Schülerinnen aufgenommen werden können, ist baldige Anmeldung erforderlich

Auch in den Fachklassen der Frauenarbeitsschule für Kleidermachen und Kunsthandarbeit sind noch Aufnahmen möglich

Sprechstunden täglich während der Schulzeit im Büro der Schule Gartenstraße 2

Die Schulleitung

Erst nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten sah sich die Stadt Freiburg 1934 in der Lage, die für eine grundlegende Umgestaltung der Schule notwendigen Gelder zu bewilligen und diese Umgestaltung auch in die Wege zu leiten. So erlebte die Frauenarbeitsschule zwischen 1934 und 1939 einen Prozeß ständiger Umstrukturierung.

Am 15.3.1934 beschloß der Stadtrat die Einrichtung einer hauswirtschaftlichen Abteilung zu Pfingsten des Jahres. Zuvor wurde Fühlung mit den zuständigen NS-Frauenorganisationen, wie NS-Frauenschaft und NS-Frauenwerk, aufgenommen, die von Anfang der NS-Zeit an neben der Verwaltung die Schulentwicklung mitbestimmten. Sie dienten zwar in erster Linie der gesellschaftlichen Kontrolle der Schulen und der Einflußnahme auf die Erziehung durch die Nationalsozialisten, aber zum ersten Mal konnten Frauen in entscheidenden Positionen an der Gestaltung der Bildung teilnehmen.

Das verschaffte den Nationalsozialisten Akzeptanz; die Frauen in den Führungspositionen handelten aber nicht unbedingt in einem für sie vorteilhaften Sinn. Sie ließen sich, von der Nazipropaganda, dem Lob der Frau als Hausmutter und Gebärerin verführt, für die Interessen der Männer instrumentalisieren, offenbar blind für die wirtschaftlichen Hintergründe dieser Ideologie.

Bereits am 22.7.1930 kann man in einer Vorlage für den Stadtrat lesen: "Schließlich wird die Frage der Verminderung der Erwerbslosenzahl in Zukunft die Hauptrolle unserer Wirtschaftsfragen bilden und es dürften in Zukunft Massregeln kommen, dass in erster Linie Männer in den Betrieben etc. beschäftigt werden, während sich die Frau wieder mehr den hauswirtschaftlichen Arbeiten zuwenden muß. Die Grundlage hierzu ... wären Einrichtungen von Schulen in oben vorgeschlagenem Sinne."

Die Vorschläge des NS-Frauenwerks in Berlin wiesen genau in diese Richtung, wie wir sehen werden. Als am 18.5.1934 der Lehrplan für die neue hauswirtschaftliche Abteilung der Städtischen Frauenarbeitsschule vorgelegt wurde, nannte er als Unterrichtsziel die "gründliche Übung in allen hauswirtschaftlichen Kenntnissen und Fertigkeiten ..., um die Schülerinnen zur Lösung der Hauptaufgaben einer deutschen Hausfrau zu ertüchtigen".

Diese hauswirtschaftliche Abteilung bot zwei Kurse an: einen kombinierten Kurs A für Nähen, Kochen und Hausarbeit von einjähriger Dauer mit dem Schwerpunkt Nadelarbeit und eine Hausfrauenschule, Kurs B, von beliebiger Dauer mit dem Schwerpunkt Kochen. Beide hatten sich den "Beruf Hausfrau" zum Ziel gesetzt.

Die Nationalsozialisten versuchten, die Frauen wieder völlig auf ihre Funktionen als Hausfrau und Mutter einzustimmen; sie suggerierten ihnen diese Tätigkeit als höchstes Ziel und kaschierten damit die Absicht, die Frauen als Konkurrenz am Arbeitsmarkt auszuschalten. So machten sich die NS-Frauenverbände mit ihrer Schulplanung zu Vollstreckern dieser Männerinteressen. Sie unterstützten mit der rückwärts gewandten Ideologie unter dem Motto "Frauen zurück an den Herd" Hitlers Pläne zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit - der Männer - dadurch, daß berufliche Arbeit der Frauen negativ gewertet und Frauen in den Haushalt gedrängt wurden. Diese Ideologie stand aber im Widerspruch zur gesellschaftlichen Entwicklung; denn die Frauen waren z.T. gezwungen, berufstätig zu sein. Die Entwicklung hin zu einer beruflichen Qualifizierung der Frauen ließ sich nicht aufhalten. Daß der "Beruf Hausfrau" gepriesen wurde, zeigt, daß Hausfrau zu sein, nicht mehr unbedingt selbstverständlich war und schmackhaft gemacht werden mußte. Aber wenn Frauen Berufsausbildungen erwerben sollten, was sich, wie man an der weiteren Entwicklung dieser Schule sieht, nicht aufhalten ließ, dann allerhöchstens im "ureigensten Bereich" der Frauen, im Haushalt oder in der Pflege, wo sie keine Konkurrenz der Männer darstellten.

Die hehren Worte von der schönsten Bestimmung der Frau als Hausfrau und Mutter trugen ihr Verfallsdatum schon in sich. Als der Zweite Weltkrieg begann, wurden Frauen in Munitionsfabriken und anderen kriegswichtigen Betrieben zwangsverpflichtet; sie mußten Straßenbahnen lenken, Bauernhöfe bewirtschaften und Betriebe leiten. Jetzt trat der Widerspruch zwischen Ideologie und Realität zutage.

Die Schule konnte nach 1934 also weiterhin keine Berufsausbildung mehr anbieten, wie sie Frau Schwalbe gewünscht hatte und die, wie der Stadtrat später feststellen wird, die einzige Chance für das Überleben der Frauenarbeitsschule war.

Am 28.05.1934 fand die feierliche Eröffnung der neuen Abteilung im Festsaal der Schule statt. Der Artikel in der Freiburger Tagespost zu diesem Anlaß mit der Einleitung "Die NS-Revolution ist eine totale Revolution" gibt die Stimmung der Veranstaltung wieder; man war zu den Klängen des Horst-Wessel-Liedes in den Festsaal eingezogen.

Als Schulgeld wurden 1934 für Ganztagskurse im Tertial 80 RM, für Hausfrauenkurse 50 RM im Monat festgesetzt. Wenn wir uns vor Augen halten, daß 1934 ein Arbeiter im Durchschnitt zwischen 100 und 200 RM verdiente, 1936 eine Handarbeitslehrerin 160 RM, wird klar, daß es sich immer noch allenfalls der "gute Mittelstand" leisten konnte, seine Töchter in diese Schule zu schicken; nur wenige Begabte konnten auf Schulgeldermäßigung oder -erlaß hoffen. Aber auch durch diese Reform nahm die Schülerinnenzahl nicht wesentlich zu; so bot Frau Schwalbe vermehrt Abend- und Passantinnenkurse - vermutlich Kurzkurse - an und drängte auf eine Senkung des Schulgeldes. Darüber hinaus setzte sie sich dafür ein, die Schule so umzugestalten, daß die staatliche Anerkennung erreicht werden konnte.

Um die völlige Befreiung der Schülerinnen vom Fortbildungsunterricht zu erwirken und damit den Kreis der Interessentinnen zu erweitern, schlug Frau Schwalbe im September 1935 die Verwissenschaftlichung der Lehrpläne der Klassen für fortbildungspflichtige Mädchen vor.

Mit ihrem Antrag von 1936, die Lehrpläne dieser Klassen so zu reformieren, daß die Mädchen eine Ausbildung zur Haushaltsgehilfin absolvieren könnten, weil nicht genügend Lehrstellen für Haushaltsgehilfinnen angeboten wurden, unternahm Frau Schwalbe noch einmal eine Anstrengung, an der Schule wieder eine Berufsausbildung zu etablieren. Der Oberbürgermeister und ein Teil des Stadtrats äußerten Bedenken, daß eine solche Einrichtung die Fortbildungsschule aushöhle und damit die Verpflichtung des NS-Staats zu sozialem Ausgleich verletze, gaben dem Antrag aber nach einigen Diskussionen statt. Ab Ostern 1936 konnte der zweijährige Kurs für Haushaltsgehilfinnen stattfinden.

Auf die Gestaltung des Lehrplans und die gesamte Organisation des Kurses nahmen das NS-Frauenwerk in Berlin und die NS-Frauenschaft in Karlsruhe noch intensiver Einfluß als bereits 1934. In die Lehrpläne, vor allem in Biologie, Deutsch und Geschichte, drang verstärkt NS-Gedankengut ein.

Für die Anerkennung des neuen Kurses als Berufsausbildung hatte das NS-Frauenwerk in Berlin allerdings als Voraussetzung gefordert, das erste Schuljahr solle so aufgebaut werden, daß es als erstes Lehrjahr der hauswirtschaftlichen Lehre anerkannt werden könne und daß ein Studentinnenheim zu Übungszwecken eingerichtet werden müsse. Oberbürgermeister Dr. Kerber stellte dann auch die Einrichtung eines solchen Heims zum 1. Oktober 1936 in Aussicht; das Genehmigungsverfahren im Stadtrat zog sich allerdings noch über ein Jahr hin.

Im Januar 1937 teilten das NS-Frauenwerk Berlin und die NS-Frauenschaft in Karlsruhe auf den Antrag der Schulleitung,

den Haushaltsgehilfinnenkurs als 1. Lehrjahr der hauswirtschaftlichen Lehre anzuerkennen, mit, daß die Schule mit der Einrichtung eines Internats als Lehrbetrieb anerkannt werde.

Damit besaß die Schule endlich wieder die Berechtigung zu einer Berufsausbildung, für die die Vorsteherin so lange gegen massive Widerstände gekämpft hatte. Die Vorstellung, daß nun alle Mädchen eine Berufsausbildung angestrebt hätten, wäre allerdings falsch. Zwischen den Einsichten und Plänen der Schulverwaltung, vor allem Frau Schwalbes, und der Wirklichkeit herrschte eine große Diskrepanz. Die Mehrzahl der Mädchen besuchte die Schule immer noch nur, um "den Haushalt zu erlernen" oder schlicht, um die Zeit bis zur erhofften Heirat zu nutzen. Die Hauptgruppe der Schülerinnen bildeten also noch immer die, die nicht berufstätig werden mußten, aber die anderen brauchte die Städtische Haushaltungsschule zum Überleben auch. Und auch das waren nicht die aus den ärmsten Schichten, sondern solche aus kleinbürgerlichen Kreisen, Töchter von Lehrern, Bahnbeamten oder Angestellten. Denn als die Schule, wohl wegen Schülerinnenmangels, Handarbeitskurse für fortbildungspflichtige Schülerinnen einrichtete, kam es zu Beschwerden eines Stadtrats, daß mit dieser Einrichtung wieder die besseren Schichten bevorzugt würden, während nach dem Abbau des Handarbeitsunterrichts an der Fortbildungsschule "das Gros der armen Teufel unberücksichtigt bleibe". Dem hielt Frau Schwalbe entgegen, daß ihre Einrichtung keine "Standesschule" sei, und versprach, sich in Zukunft noch mehr für Schulgeldermäßigung und -befreiung einzusetzen.

Im August 1936 befreite das Kultusministerium die Teilnehmerinnen des einjährigen Hauswirtschaftskurses A und des zweijährigen Lehrgangs für Haushaltsgehilfinnen vollständig vom Fortbildungsunterricht.

Ab Oktober 1936 wurde auch ein Mittagstisch als Übungsfeld für die Hauswirtschaft eingerichtet, der der Schule darüber hinaus Einnahmen brachte. Ein Essen kostete für die Schülerinnen 0,50 RM, für die Lehrerinnen 0,80 RM. Zum neuen Schuljahr 1937 mußte eine zweite Küche eingebaut werden.

Die Einrichtung des Internats wurde dann allerdings erst am 18.1.1938 durch die Stadt genehmigt, zuerst nur mit acht Plätzen.

In dieser Zeit nahmen die Schülerzahlen in der Abteilung für Handarbeit kontinuierlich ab. Frau Schwalbe versuchte deshalb, den Rückgang durch weitere schulische Einrichtungen wie Back- und Handarbeitskurse sowie seit 1938 Hauswirtschaftsmeisterinnenkurse auf Betreiben des NS-Hausfrauenbundes auszugleichen. Schließlich mußten Lehrkräfte für Nadelarbeit umgeschult werden.

In den Jahren 1938/39 wurde noch einmal eine tiefgreifende Umgestaltung der Schule in Angriff genommen.

Bereits im Juli 1937 hatte Frau Schwalbe auf Vorschlag des NS-Frauenwerks Berlin den Antrag gestellt, der Schule ab Ostern 1938 ein Seminar für Haushaltspflegerinnen und Hauswirtschaftslehrerinnen angliedern zu dürfen mit der Begründung, daß es im Oberland nur konfessionelle Anstalten gebe und man diese den Töchtern Freiburgs und der Umgebung ersparen solle. Außerdem fehlten gut ausgebildete Hauswirtschaftslehrerinnen. Diese Ansicht war im Stadtrat allerdings umstritten, dennoch reichte Oberbürgermeister Dr. Kerber im November 1937 die Bitte um Einrichtung des Seminars an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ein.

Im Januar 1938 schlug das Reichsfrauenwerk in Berlin vor, die hauswirtschaftlichen Jahresklassen zu einem Lehrgang für Hauswirtschaft zusammenzulegen, und erteilte Richtlinien für das geplante Hauswirtschaftliche Lehrerinnenseminar. In einem ersten Schritt wurden Anfang März 1938 zur Vorbereitung der staatlichen Anerkennung die beiden einjährigen Hauswirtschaftskurse A und B zu einem hauswirtschaftlichen Lehrgang zusammengelegt, der ab Ostern 1938 allerdings zweizügig geführt wurde. Im gleichen Monat verfügte der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg in einem zweiten Schritt, die Erweiterung der hauswirtschaftlichen Abteilung durch die Angliederung eines Hauswirtschaftslehrerinnenseminars und einer Haushaltspflegerinnenschule sowie eines Abiturientinnenkurses in die Wege zu leiten. Als Schulgeld sollten monatlich 40 RM, für den Wohnheimplatz 60 RM gezahlt werden.

Anfang Mai 1938 wurde die Klasse der Haushaltspflegerinnen eingerichtet, aus der ab Ostern 1939 das hauswirtschaftliche Lehrerinnenseminar gebildet werden sollte. Die Klassenstärke war zunächst einmal niedrig. Daneben wurde außerdem ein Abiturientinnenkurs eingerichtet. Am 12. Mai des Jahres suchte die Schule mit dem Einreichen der Lehrpläne des Lehrgangs für hauswirtschaftliche Ausbildung um die Aufnahme in das Verzeichnis der badischen Haushaltungsschulen nach, um die staatliche Anerkennung dieser Einrichtung zu erlangen. Diese erfolgte zum 18.1.1939 mit dem "Erlaß über die staatliche Anerkennung der Städtischen Frauenfachschule als hauswirtschaftliche Berufsfachschule". Damit war der seit 1914 von der Schulleitung angestrebte Status als Gewerbeschule endlich erreicht. Schulleitung und Kollegium konnten sich kaum in den neuen Schularten einrichten, als am 1.2.1939 mit Reichsverfügung eine grundlegende "Neuordnung des hauswirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens" angeordnet wurde, die zu einer weiteren Umgestaltung der Schule

führte. Im April 1939 teilte Frau Schwalbe die Neuordnung der Städtischen Frauenarbeitsschule entsprechend der Verfügung mit. In Zukunft sollte die Schule folgende Schularten führen: 1. eine Haushaltungsschule, 2. eine Kinderpflege- und Haushaltsgehilfinnenschule und 3. eine Frauenfachschule I und II. -

Der Inhalt der Fachklasse I war die Ausbildung zur planmäßigen Arbeit im Familienhaushalt. Die Fachklasse II sollte auf Fachklasse I aufbauen. Ihr Ziel war die fachliche Vorbildung für leitende und lehrende hauswirtschaftliche Berufe. Die angebotene Berufsausbildung zur Haushaltspflegerin entspricht dabei der der heutigen Hauswirtschaftsleiterin, des weiteren sollten an der neuen Fachschule Hauswirtschaftlehrerinnen ausgebildet werden.

Für diese Fachklassen waren ein Ariernachweis und die Mitgliedschaft in einer Parteiorganisation erforderlich; der weibliche Arbeitsdienst wurde bei der Vorbildung angerechnet.

Bereits im Mai 1939 wurde aus interessierten Schülerinnen der Haushaltspflegerinnenklasse eine erste Klasse des Hauswirtschaftslehrerinnenseminars gebildet. Doch am 7.6.1939 teilte das Kultusministerium der Stadt Freiburg mit, daß das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung den Antrag der Frauenarbeitsschule auf Einrichtung eines Hauswirtschaftslehrerinnenseminars wegen der bevorstehenden Neuregelung der Hauswirtschafts- und Turnlehrerinnenausbildung abgelehnt hatte. Daraufhin verließen die betroffenen Schülerinnen die Schule wieder.

Ende Juni 1939 bat Stadtschulrat Kunzmann das Kultusministerium in Karlsruhe, der Städtischen Frauenarbeitsschule die Frauenfachschulklassen zu belassen, da die Kurse nach stillschweigendem Übereinkommen mit dem Unterrichtsministerium bereits aufgebaut worden und die geforderten Voraussetzungen, nämlich die Einrichtung einer Haushaltungsschule (Berufsfachschule) und einer Kinderpflege- und Haushaltsgehilfinnenschule, erfüllt seien. Andernfalls würde das Prestige des Oberbürgermeisters gegenüber den verwandten konfessionellen Schulen geschädigt.

Am 3. Juni 1939, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, erhielt der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg nachträglich die Genehmigung, die Frauenarbeitsschule in eine "Städtische Haushaltungsschule mit Schule für Kinderpflege- und Hausgehilfinnen (Berufsfachschule) in Freiburg i.Br." umzuwandeln. Gleichzeitig mit dieser Genehmigung erfolgte die staatliche Anerkennung dieser Schularten. Der badische Minister des Kultus und Unterricht in Karlsruhe machte den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg deshalb darauf aufmerksam, daß zwei Drittel des Unterrichts durch hauptamtliche Lehrkräfte erteilt werden müßten, und forderte ihn auf, eine dem Erlaß entsprechende Anzahl von Lehrkräften in das planmäßige Dienstverhältnis zu übernehmen. Zugleich berichtete der Minister des Kultus und Unterrichts über die Weiterleitung des Antrags der Stadt an den Reichsminister für Wissenschaft, die Frauenfachschule hauswirtschaftlicher und gewerblicher Richtung, die die Schule bereits im Frühjahr 1939 eingerichtet hatte, zu genehmigen. Der Minister teilte dem Oberbürgermeister der Stadt allerdings einschränkend mit, daß zuerst "die durch den Erlaß vom 1.2.1939 bedingten Voraussetzungen erfüllt" sein müßten. Er ersuchte ihn deshalb, das Wohnheim, das bisher nur acht Plätze bot, durch Kündigung schulfremder Mieter im 2. und 3. Stock des Breisacher Tores zu erweitern.

Die staatliche Anerkennung dieses neuen Schulzweigs erfolgte, wohl wegen des Krieges, erst zum Januar 1941.

An der Umgestaltung der Frauenarbeitsschule zur städtischen Haushaltungschule waren die NS-Frauenverbände - Reichsfrauenwerk, NS-Frauenschaft und auch weibliche Mitglieder des Nationalsozialistischen Lehrerinnenbundes - entscheidend beteiligt. Selbst bis in die Aufstellung der Lehrpläne und die Bildung der Prüfungskommissionen hinein wird ein Wandel in Bezug auf den weiblichen Einfluß deutlich. So gab es inzwischen mehr weibliche als männliche Mitglieder in den Prüfungskommissionen.

Antisemitismus scheint, nach Aktenlage wenigstens, erst sehr langsam in das schulische Leben eingedrungen zu sein. Das Jahr 1938 bringt hier offenbar den entscheidenden Einschnitt, denn im Februar 1938 erwiderte der Oberbürgermeister auf die Anfrage von Frau Schwalbe, daß "nichtarische Schülerinnen das gleiche Schulgeld zahlen, in das zu gründende Hauswirtschaftsseminar dürfen Nichtarierinnen nicht aufgenommen werden".

Mit dem Beginn des 2. Weltkriegs im September 1939 nahm die Zahl der Schülerinnen deutlich auf 115 ab. Die Situation der Schule besserte sich erst, als der NS-Staat den privaten Haushaltungsschulen 1939 die Anerkennung entzog, ein Vorgang, der die Schließung der konfessionellen Schulen bewirken sollte. Die Schülerinnenzahl der Städtischen Haushaltungsschule erhöhte sich dadurch, wie erhofft, von Ostern bis Dezember 1940 auf 217. In Erwartung dieser Entwicklung wurde Anfang 1940 sogar noch die Erweiterung des Wohnheims auf 34 Plätze in Angriff genommen. Die privat vermieteten 2. und 3. Stockwerke im Breisacher Tor wurden geräumt. Im städtischen Gebäude Schwimmbadstraße 8, dem späteren Haus des Oberbürgermeisters Dr. Keidel, wurden Kleider- und Weißnähkurse eingerichtet. Die Schule besaß damit 20 Räume in der Garten- und 8 Räume in der Schwimmbadstraße. Im Frühjahr 1941 trat Frau Schwalbe in den Ruhestand. An ihrer Stelle übernahm **Frau Dr. Neeb** die Schulleitung, eine überzeugte NS-Parteigenossin, und, laut der späteren Direktorin, Frau Binder, eine fachlich sehr qualifizierte Lehrerin.

Der Krieg scheint nur sehr langsam in den Schulalltag eingedrungen. zu sein. "Der Alemanne" berichtete jährlich über die Ausstellung von Schülerinnenarbeiten, der NS-Hausfrauenbund führte weiterhin, mit geringerer Schülerinnenzahl allerdings, "Meisterhausfrauenkurse" durch. Nur schwer lassen die Speisefolgen, die die Schülerinnen als Prüfungsessen der Abschlußprüfung anboten, Nahrungsmittelknappheit, allenfalls wohl Fleischmangel vermuten.

Die Prüfungsthemen, wie z.B. für das Fach Deutsch: "Warum ist es notwendig, daß wir in dem gegenwärtigen Krieg siegen?" und "Volksdienst der Frau im Krieg" deuten aber auf eine Intensivierung der ideologischen Indoktrination hin.

Im Februar 1943 wurde die Fachklasse II wegen zu geringer Schülerinnenzahl aufgelöst, für das Schuljahr 1943/44 aber wieder eingerichtet. Der Krieg verhinderte eine Stabilisierung der Schule, auch wenn im Mai 1944 noch einmal ein starker Anstieg der Schülerinnenzahlen verzeichnet wurde, so daß "nicht alle aufgenommen werden" konnten, wofür die Quellen aber keine Erklärung bieten. Vielleicht hing die Entwicklung damit zusammen, daß nach Freiburg und Umgebung inzwischen Schulen aus dem übrigen Reichsgebiet evakuiert worden waren, so z.B. vier Oberschulen aus Duisburg, das im "Luftkriegsgebiet" lag. Der Aufbau eines Kindergärtnerinnenseminars und ein Neubau wurden auf die Nachkriegszeit verschoben, die Pläne zu den Akten gelegt.

Die Bestandsaufnahme aus dem Jahr 1944 zeigt folgendes Bild:

Der Lehrkörper der Schule bestand aus zwölf Lehrerinnen und der Direktorin, Frau Dr. Neeb.

Die Schule gliederte sich in folgende Zweige:

1. Haushaltsschule - Berufsfachschule

2. Frauenfachklasse I und II in hauswirtschaftlicher und gewerblicher Richtung

3. Kinderpflegerinnen- und Hausgehilfinnenausbildung in 1,5 - bzw. 1-jährigen Kursen

4. Näh- und Hauswirtschaftskurse am Abend für Berufstätige.

Erst ab diesem Jahr gelang es immer weniger, einen geordneten Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Schließlich verfügte am 8.09.1944 der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung den Erlaß über den "totalen Kriegseinsatz". Die Freiburger Schulen mußten alle Schüler für diesen Einsatz bereitstellen, was die Schließung der Schulen nach sich zog. Die meisten Frauen waren zum Westwallschanzen abkommandiert worden. In einen Teil der Räume der Frauenarbeitsschule zogen Volkssturmsoldaten ein. Aber trotzdem scheint noch in einschränktem Rahmen Unterricht stattgefunden zu haben, denn noch am 19., 24. und 25. Oktober fanden laut Prüfungsplan die staatlichen Prüfungen für Kinderpflege- und Haushaltsgehilfinnen statt.

Bei dem verheerenden Angriff der englischen Luftwaffe auf Freiburg am Abend des 27. November 1944, der die Innenstadt fast völlig in Schutt und Asche legte, wurde auch die Schule im Breisacher Tor, Gartenstraße 2-6, vollständig zerstört.

Über diesen Angriff schreibt der frühere Leiter des THW, der ehemalige Volkssturmsoldat G. Thöni, der den Angriff auf die Schule miterlebte, in seinen Erinnerungen:

"Mit vier jungen Kameraden aus einer Volkssturmkompanie, die in der Frauenfachschule an der Rempartstraße kaserniert war, stand ich an der Ecke von Rempart- und jetziger Kaiser-Joseph-Straße. In diesem Moment kam in einem eiligen Marsch eine bewachte Gruppe von rund 20 englischen Kriegsgefangenen vom Martinstor Richtung Dreisambrücke vorbei. Plötzlich rief uns einer dieser Engländer, mit den Händen flehend, auf Englisch sinngemäß zu: 'Verlaßt schnell die Stadt, eine große Fliegerattacke steht kurz bevor.'

Wir waren ganz verblüfft, daß uns dieser Kriegsgefangene etwas zurief. Dann hörten wir Ähnliches noch von einem zweiten Engländer aus der Gruppe ... Einer meiner Kameraden hatte eindeutig die Warnung verstanden.

Wir gingen hinüber zu unserem Quartier, und dort sprachen wir über die Warnung mit unserem Wehrmachtsausbilder, der seine Vorgesetzten telefonisch unterrichten wollte. Er verlangte, daß wir uns äußerst wachsam verhalten sollten. Im oberen Stockwerk wurden Beobachter postiert. Sofort sollten wir Alarm schlagen, wenn sich am Himmel Außergewöhnliches erkennen ließ.

Wir legten uns nach einem anstrengenden Ausbildungstag zum Ausruhen in die zweistöckigen Betten, welche in den Räumen der Frauenfachschule für uns aufgestellt waren. Plötzlich, um 19.50 Uhr, ertönten die Sirenen mit Voralarm. Man hörte bereits die ersten Flugzeuggeräusche.

In diesem Moment kam schon einer unserer Kameraden aus einer Toilette gesprungen und schlug heftigen Alarm und schrie: 'Am Himmel schweben schon Christbäume, sie werfen gleich Bomben ab.' Die rot-grünen 'Christbäume' waren Leuchtmarkierungen und - abgrenzungen, damit die englischen Flugzeugpiloten gezielt ihre Bombenladungen abwerfen konnten. Fast über 80 Kameraden, die an diesem Abend noch in der Schule anwesend waren, kamen durch diese rechtzeitige Warnung - denn die ersten Bomben fielen schon im Westen der Stadt - gerade noch rechtzeitig in den Luftschutzkeller.

nächste Seite

-

Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Schon gab es eine ohrenbetäubende Detonation; eine Luftmine detonierte direkt im Haus und zerstörte den mehrstöckigen Seitenflügel, in dem wir untergebracht waren, so daß nur ein Trümmerhaufen übrig blieb. Als die zweite Bombe gleich nebenan einschlug und explodierte, mußten wir unseren stark zerstörten Luftschutzkeller verlassen. Wir wären sonst wegen Dreck und Staub erstickt. Mühsam befreiten wir uns aus den Trümmern ..."

Bei dem Angriff auf die Schule kam die Schulleiterin, Frau Dr. Neeb, die noch in der Schule arbeitete, ums Leben. Die Hauswirtschaftslehrerin Frieda Hellwig und eine weitere Kollegin fanden sie unter den Trümmern. Sie wurde auf dem Freiburger Hauptfriedhof im Massengrab für die Opfer des Angriffs beigesetzt.

Nach dem Tode von Frau Dr. Neeb wurde die Hauswirtschaftslehrerin Frau **Ingeborg Binder**, die erst 1943 an die Schule gekommen war, zur kommissarischen Schulleiterin ernannt. An Unterricht war vorerst nicht mehr zu denken. Die Lehrerinnen wurden zur Beseitigung der Kriegsschäden und später zur Schadensregistrierung in der Lessingschule eingesetzt.

Und doch sollte im Februar 1945 noch einmal die Anerkennungsprüfung zur Hauswirtschaftsleiterin durchgeführt werden, und zwar auf der Hochburg bei Emmendingen. Die Verwaltung war in Auflösung begriffen, wie die Schwierigkeiten, eine Prüfungskommission zusammenzustellen, zeigen, und die Kommunikations- und Verkehrsverhältnisse waren völlig chaotisch. Das Ministerium des Kultus im Elsaß verwaltete die Freiburger Schulen, da das Karlsruher Kultusministerium offenbar nicht mehr existierte, und die briefliche Anordnung zur Durchführung der Prüfung kam aus Buchen im Odenwald. Die Prüfung wurde schließlich als "nicht kriegswichtig" bis nach Kriegsende zurückgestellt.

Am 21. 4. 1945 marschierten die Franzosen in Freiburg ein und besetzten die Stadt. In der Folgezeit war ein Teil der Lehrkräfte mit dem Wäschenähen und -ausbessern für die französischen Besatzungskräfte beschäftigt.

1945 - 1996

Im März 1946 richtete der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Dr. Hoffmann, an den Badischen Minister des Kultus und Unterrichts in Freiburg im Breisgau (Französisches Besatzungsgebiet) die Bitte um Wiedereröffnung der Städtischen Haushaltungsschule, und zur gleichen Zeit trat die Stadtverwaltung an Frau Binder mit der Bitte heran, bei einer Genehmigung durch die französische Militärbehörde den Wiederaufbau der Städtischen Haushaltungs- und Berufsfachschule als Schulleiterin zu organisieren. Wenn Frau Binder sich dieser Aufgabe auch nur schweren Herzens stellte, so ging sie doch mit bewundernswerter Tatkraft an die Arbeit. In der zerstörten Stadt mußten, was sich in der Zukunft als äußerst schwierig erweisen sollte, geeignete Räumlichkeiten gesucht werden, da auch das Schulgebäude in der Schwimmbadstraße 8 nicht mehr zur Verfügung stand; dort waren verschiedene Ämter untergebracht.

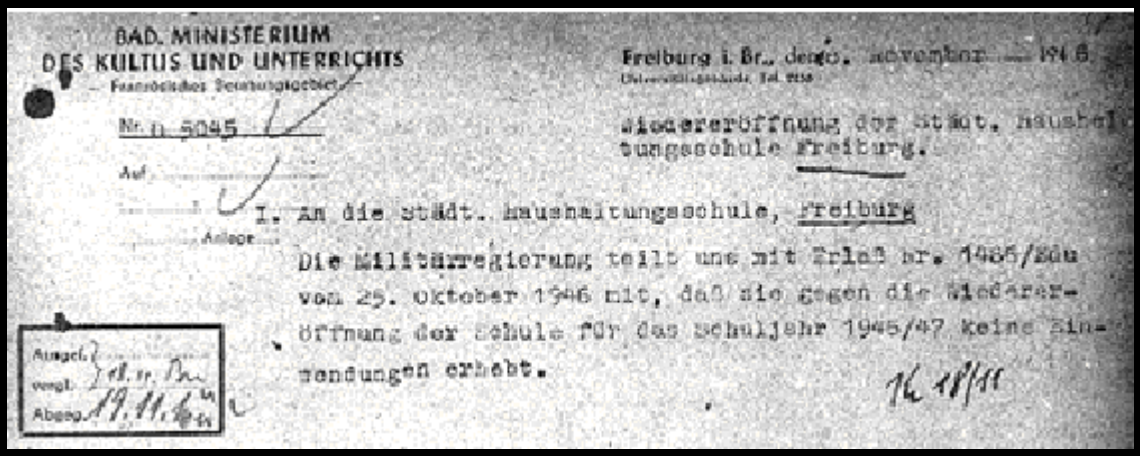
Mit dem Erlaß des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 6. Mai 1946 wurde die Wiederaufnahme des Unterrichts der Städtischen Haushaltungsschule vorbehaltlich der Zustimmung der französischen Militärregierung genehmigt, und am 8.06.1946 teilte der Oberbürger der Stadt Freiburg dies der kommissarischen Leiterin der Schule, Frau Binder, mit. Zugleich setzte er sie aber auch davon in Kenntnis, daß der politische Untersuchungsausschuß, dem die Entnazifizierung entsprechend den Vorgaben der französischen Militärregierung oblag, immerhin fünf der zwölf Lehrerinnen als politisch so stark belastet eingestuft hatte, daß sie aus dem Schuldienst ausscheiden mußten. Den meisten wurde gekündigt, eine Kollegin wurde zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

Damit kam zu dem bestehenden Problem der Unterbringung der Schule ein neues hinzu, Lehrkräftemangel.

Im August 1946 bat Frau Binder Kreisoberschulrat Prof. Dr. Fleig, alle belasteten Lehrerinnen wieder einstellen zu dürfen, vermutlich weil sonst mangels Lehrkräften kein sinnvoller Unterricht hätte stattfinden können. Ein Verzeichnis der Lehrkräfte aus der folgenden Zeit zeigt, daß tatsächlich alle Lehrkräfte wieder unterrichteten; z.T. wurden sie allerdings zurückgestuft, mußten Zulagesperren hinnehmen; eine Lehrerin wurde aus dem Beamtenverhältnis entlassen und als Angestellte weiterbeschäftigt.

So spiegelt also die Schulgeschichte einen alltäglichen Teil der Nachkriegsgeschichte wider. Im Alltag war die NS-Vergangenheit auch an der Schule, wie wohl überhaupt, kein Gesprächsthema. Man mußte sehen, wie man sich in den katastrophalen Nachkriegsverhältnissen irgendwie behauptete.

Am 25. Oktober 1946 erteilte schließlich das "Gouvernement Militaire en Allemagne, Pays de Bade" die endgültige Genehmigung zur Wiedereröffnung der Schule für das Schuljahr 1946/47.


BAD. MINISTERIUM
DES KULTUS UND UNTERRICHTS
Französisches Besatzungsgebiet

Nr. n 5045

Freiburg i. Br., den 6. November 1946

Wiedereröffnung der städt. haushaltungsschule Freiburg.

I. An die städt. Haushaltungsschule, Freiburg

Die Militärregierung teilt uns mit Erlaß Nr. 1485/Edu vom 25. Oktober 1946 mit, daß sie gegen die Wiedereröffnung der Schule für das Schuljahr 1945/47 keine Einwendungen erhebt.

Ausgel.
vorgl.
Abgeg. 19.11.46

Aber damit begannen für Frau Binder die Schwierigkeiten erst so richtig, denn nun mußten geeignete Räumlichkeiten gesucht und ausgestattet werden, nur ein paar Habseligkeiten, wie Schränke und Geräte, hatte man aus den Trümmern des Breisacher Tores gerettet. Zuerst wurde die Schule provisorisch in einer Dreizimmerwohnung mit Küche an der Ecke Hilda-, Talstraße 48 untergebracht.

In der Folgezeit diskutierten Schulleitung und Oberschulamt ausführlich die zukünftige Weiterführung und Entwicklung der Schule, und Frau Binder setzte sich geradezu vehement für eine Neuorientierung der Frauenbildung ein, indem sie auf Leitfiguren wie die Vorkämpferin für die Rechte der Frauen, Helene Lange, verwies.

Mit Nachdruck verfocht sie eine Organisation der Schule als Fachschule für Frauen und Mädchen mit dem Angebot von Berufsausbildungsgängen. Sie begründete diese Forderung mit dem Hinweis, bereits nach dem Ersten Weltkrieg habe sich gezeigt, daß viele Frauen "wegen des Ausfalls an Heiratsmöglichkeiten" gezwungen waren, einen Beruf zu ergreifen, und nicht mehr wie in den Generationen zuvor davon ausgehen konnten, daß es genügte, sich ausschließlich auf ihre Funktionen als Frau und Mutter vorzubereiten.

So sei es "heute unsere Aufgabe, die Frau ihrem ursprünglichen Zwecke, dem wahren,

echten und gepflegten Frauentum, von dem die Zukunft unsere Familie und unseres Volkes abhängt, wieder zuzuführen". Für Frau Binder hieß das etwas sehr Fortschrittliches: Neben der berufsqualifizierenden Ausbildung forderte die Schulleiterin ausdrücklich die Vermittlung eines fundierten Allgemeinwissens, "das grundlegend ist für die Neugestaltung der Frauenbildung".

Im Gegensatz zu dem, was die weitsichtige Direktorin aus ihrer eigenen Erfahrung empfahl, dachten aber noch immer die wenigsten Mädchen an eine Berufsausbildung. Noch bis Ende der fünfziger Jahre besuchten, laut ehemaligen Kollegen, die meisten Schülerinnen die Frauenfachschule hauptsächlich mit dem Ziel, die Haushaltsführung für eine zukünftige Ehe zu erlernen, manche allerdings auch, um ein Jahr Zeit zu gewinnen für die Berufswahl; man absolvierte ein "Berufsfindungsjahr". Erst in den sechziger Jahren wurde die Berufsausbildung für Mädchen wirklich selbstverständlich.

Im Mai 1947 legte Frau Binder dem Oberschulamt den Stand des Aufbaus und der Ausbildungsgänge dar, und zugleich bat sie um die die Bestätigung als Frauenfachschule, die auch erteilt wurde. Die Schule bot zunächst eine einjährige hauswirtschaftliche Vorklasse an, des weiteren eine hauswirtschaftliche Fachklasse von zweijähriger Dauer mit dem Schwerpunkt Ernährung zur Ausbildung von Hauswirtschaftsleiterinnen und eine gewerbliche Fachklasse von ebenfalls zweijähriger Dauer mit dem Schwerpunkt Textilarbeit zur Ausbildung von Werkstattleiterinnen. Nach dem Besuch dieser Fachklasse bestand u.a. die Möglichkeit der Weiterbildung zur Gewerbelehrerin an einem Berufspädagogischen Institut oder zur Modezeichnerin an einer Kunstakademie. Eine Kinderpflegerinnenschule war nicht mehr geplant, da nach Frau Binders Meinung die privaten Haushalte, die früher Kinderpflegerinnen eingestellt hatten, sich diese nicht mehr leisten konnten. Als Schulgeld sollten 150 RM pro Jahr erhoben werden; das war nicht gerade wenig, gemessen am damaligen Monatsverdienst eines Freiburger Arbeiters von 150 RM und schloß die unteren sozialen Schichten vom Besuch dieser Schule weitgehend aus. Die meisten Schülerinnen der wieder eingerichteten Schule kamen aus kleinbürgerlichen und ländlichen Verhältnissen, daneben gab es eine große Gruppe von Mädchen aus dem gehobenen Bürgertum.

Im ersten Nachkriegsschuljahr 1946/47 zählte die Städtische Haushaltungs- und Berufsfachschule 131 Schülerinnen, für das Schuljahr 1947/48 lagen dann im Frühsommer 1947 bereits 160 Anmeldungen vor.

Im Jahre 1947 fand auch die erste Prüfung der Nachkriegszeit statt, und der vermutlich von Frau Binder verfaßte Prüfungsbogen ist in vielerlei Hinsicht ein interessantes Zeitzeugnis. Er zeigt zum einen, welchen Wert die Schulleiterin auf eine fundierte fachliche und allgemeine Bildung legte. Literatur, Kunstgeschichte, Wirtschaft, Bodenschätze Deutschlands und demokratische Erziehung waren die Themen, zugleich wurde den Schülerinnen auch vermittelt, wie man in karger Zeit, die von Zwangsbewirtschaftung und Lebensmittelrationierung bestimmt war, Energie und Wasser sparen und den täglichen Kalorienbedarf mit Kartoffeln als Hauptnahrungmittel decken kann. So lautete eine Prüfungsfrage im Fach Hauswirtschaftliches Rechnen: "Das Nachtessen Deines Vaters soll 1200 Kalorien enthalten. Du hast 100 gr. Blutwurst und 100 gr. Brot. Wie viele Kartoffeln mußt Du noch dazu geben, um 1200 Kalorien zu erhalten?"

In diesen Zeiten des Mangels mußten die Schülerinnen auch lernen, wie man selbst mit Kartoffelschalen den Speisezettel bereichern kann.

Im November 1947 erteilte die französische Militärregierung auch die Genehmigung zur Wiedereinrichtung des Handarbeitslehrerinnenseminars, wie es bis 1932 bestanden hatte.

Bereits seit der Wiederzulassung der Schule hatte Frau Binder versucht, geeignetere Räumlichkeiten für die in katastrophaler Enge untergebrachte Schule zu finden. Fast vier Jahre lange kämpfte sie, wie die Dokumente belegen, in bewundernswerter Weise mit enormer Zähigkeit und Durchsetzungskraft für eine akzeptable Lösung. Die provisorische Unterbringung der Schule erwies sich bei zunehmender Normalisierung der Lebensverhältnisse als immer problematischer. So bemühte sich die Stadt Freiburg, die sich nach den schweren Kriegszerstörungen, die auch mehrere Schulen in der Innenstadt betrafen, in einer extrem schwierigen Lage befand, um geeignetere Räume. Sie unterbreitete Frau Binder insgesamt zwölf Vorschläge für eine zwar immer noch provisorische, aber doch weniger beengte Unterbringung. Von den zwölf zur Diskussion stehenden Gebäuden erwiesen sich einige aus hygienischen und praktischen Gründen als ungeeignet, andere wurden von den bisherigen Inhabern verweigert, wie z.B. Frau Binders Wunschort, der Nordostflügel des Rotteck-Gymnasiums, den dessen Direktor mit dem Hinweis auf Eigenbedarf blockierte, oder der Nordostflügel des Kepler-Gymnasiums, den das Friedrich-Gymnasium beanspruchte. Frau Binder ließ nicht locker, aber sie zog immer wieder gegenüber den Direktoren der Gymnasien den kürzeren.

Schließlich verlegte man die Städtische Frauenfachschule nach dem Auszug des Goethe-Gymnasiums in den Mittel- und den Nordflügel des Katholischen Instituts in der Eisenbahnstraße 45. Diese Räume waren Frau Binder zuerst angeboten worden, sie hatte sie aber aus praktischen Gründen abgelehnt. Nach dem Umbau der beiden Flügel

wurden die neuen Schulräume am 14. September 1950 im Rahmen einer Feier in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Schemenau übergeben.

Im Jahre 1952 zählte die Frauenfachschule bereits 259 Schülerinnenn in neun Klassen (Vorklassen und hauswirtschaftliche und gewerbliche Fachklassen I und II). Nach und nach wurde sie weiter ausgebaut; so wurde 1953 ein Fachvorjahr für Volksschülerinnen eingeführt und der praktische Teil der HHT-Ausbildung an der Frauenfachschule eingerichtet.

Für 1954 ist übrigens der erste Nachkriegsetat erhalten; er betrug nicht gerade üppige 3000 DM. Zum Vergleich seien wieder die Freiburger Arbeiterlöhne von 1954 herangezogen, sie lagen zwischen 210 und 420 DM; die Lehrerinnengehälter betrugen 1956 zwischen 550 und 700 DM.

Im Januar 1955 stellte die Schulleiterin den Antrag auf Zulassung einer einjährigen Fachklasse für Wirtschafterinnen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ab Ostern 1955 "für Mädchen, ... die ... praktisch sehr tüchtig sind". Sie sollten für den Einsatz in Kantinen, Heimen und ähnlichen Betrieben vorbereitet werden. Frau Binder begründete die Notwendigkeit einer solchen Schulart damit, daß die Nachfrage dieser Einrichtungen nach Wirtschafterinnen mit einjähriger Ausbildung größer sei als nach jenen mit höherer Schulbildung, und damit, daß so auch Flüchtlinge aus dem Osten integriert werden könnten. Interessentinnen für eine solche Fachklasse seien vor allem "vom Bund nach Süden geschleuste Flüchtlinge".

Das Schulgeld wurde - vermutlich im Zusammenhang mit der zunehmenden wirtschaftlichen Prosperität - im Laufe der fünfziger Jahre abgeschafft.

Im Frühjahr 1957 verzeichnete die Frauenfachschule 225 Schülerinnen. Da viele Mädchen aus dem Umland die Schule besuchten, stellte die Stadt Freiburg einen Antrag auf Zuschüsse des Landes und bat um Übernahme der Personalkosten durch das Land. Nach einigen Auseinandersetzungen stellte der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Dr. Brandel, im Juni 1957 den Antrag auf Verstaatlichung der Städtischen Frauenfachschule, die schließlich zum 1.4.1958 erfolgte.

Daraufhin forderte die Schule die staatlichen Lehrpläne der Untersekunda an, um an deren Unterricht anschließen zu können. Bisher hatte die Frauenfachschule, da die Stadt Schulträger war, als Privatschule nach eigenen Lehrplänen unterrichtet.

Weil eine Neuregelung der Hauswirtschaftlehrerinnenausbildung geplant war, wurde den Schülerinnen der Frauenfachschule für 1960 letztmals die Erlaubnis erteilt, aus der Fachklasse des gewerblichen Zweigs in die pädagogische Ausbildung des Hauswirtschaftlichen Seminars überzuwechseln. Im September 1960 stellte Frau Binder an das Kultusministerium in Stuttgart den Antrag auf Wiedereinrichtung von Frauenarbeitsklassen, die erst 1942 von Frau Dr. Neeb aufgehoben worden seien. Seither habe es an der Schule nur noch Fachklassen, die die mittlere Reife voraussetzten, gegeben. Frau Binder wies darauf hin, daß der Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten und die Lage seit dem Zweiten Weltkrieg eine solche Einrichtung wieder notwendig machten. Eine besondere Genehmigung war aber nach Auskunft

des Kultusministeriums vom Januar 1961 nicht erforderlich, da die Schule diese Klassen schon früher geführt hatte. Allerdings stellte das Kultusministerium im Februar 1962 die Städtische Haushaltungsschule vor die Alternative, entweder eine Frauenarbeitsschule oder eine zweijährige hauswirtschaftliche Berufsfachschule einzurichten.

Bereits 1955 war die Schule räumlich so beengt, daß die HHT-Vorbereitungskurse nicht mehr an der Frauenfachschule durchgeführt werden konnten und das Kultusministerium ein eigenes staatliches HHT-Seminar in Littenweiler errichtet hatte. Seit 1955 diskutierte man deshalb Neubaupläne, vor allem weil die Zahl der Schülerinnen auf 250 angewachsen war und das Ende des Mietvertrages mit dem Katholischen Institut St. Ursula in der Eisenbahnstr. 45, das den Neubau eines Gymnasiums plante, absehbar war.

Die Stadt Freiburg zögerte lange, einem Neubau zuzustimmen, einmal, weil man kein geeignetes Gelände fand, zum zweiten aus finanziellen Gründen. Erst 1959 wurde schließlich die Errichtung eines neuen Schulgebäudes genehmigt. Im Herbst 1961 erfolgte der Baubeginn auf einem Ruinengrundstück in der Rheinstraße, dem Gelände des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Universitätskliniken und des staatlichen Gesundheitsamtes. Dort befand sich eine Verkaufsbaracke der Firma Brown-Bovery. Inzwischen war der Mietvertrag mit dem Katholischen Institut St. Ursula von 1960 bis 1963 verlängert worden, allerdings unter der Bedingung, daß fünf Klassenzimmer sofort geräumt wurden, und so mußten einige Klassen der Frauenfachschule in den Altbau der Volksschule nach Littenweiler ausgelagert werden.

An der Planung der neuen Schule und der Einrichtung der Fachräume waren die Schulleiterin, Frau Binder, und ihre langjährige Stellvertreterin, Frau Longerich, maßgeblich beteiligt. Sie konnten ihre Vorschläge für Anlage, Größe und Ausstattung der Fachräume einbringen, was einige Jahrzehnte vorher noch kaum denkbar gewesen war.

Der erste Bautrakt der Schule konnte im Herbst 1963 bezogen werden, aber einige Klassen blieben bis zum Herbst 1964,

als der Neubau fast völlig fertiggestellt war, nach Littenweiler ausgelagert.

Weil die Internatsschülerinnnen allerdings nach wie vor in privaten, kirchlichen Heimen wohnen mußten, drängte Frau Binder auf die endgültige Fertigstellung der Schule, d.h. vor allem auf den schnelleren Bau des Schülerinnenwohnheimes. In diesem Zusammenhang forderte sie auch, daß die HHT-Vorbildung wieder an die Frauenfachschule zurückverlagert werden sollte, wie baulich eingeplant und wie es der Schule laut Verordnung des Ministers für Kultus vom 15.7.1964 zustand. Von der Erfüllung dieses Erlasses hing nämlich auch die Belegung des Schülerinnenwohnheims ab, das für die Ausbildung der Wirtschafterinnen und Hauswirtschaftsleiterinnen als "Übungsort" unentbehrlich war.

nächste Seite

Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Am 18.12.1964 wurde schließlich der Gesamtkomplex Merian-Frauenfachschule mit Schülerinnenwohnheim feierlich eröffnet.

Damit war 19 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die letzte der zerstörten Schulen wiederaufgebaut.

Zwei Jahre lang hatte man schulintern sehr heftig und kontrovers den Namen für die neue Schule diskutiert. Nach den Vorstellungen der Schulleiterin, Frau Binder, einer für die Belange der Frauen sehr engagierten und erstaunlich emanzipierten Frau, sollte die Schule den Namen einer Vorkämpferin für die Rechte der Frauen, Helene Lange, tragen. Der geplante Name wurde nicht nur aus praktischen Gründen (er schien zu lang) verworfen. In ihrem Antrag vom 12.11.1963 an das Oberschulamt stellte Frau Binder fest, man sei "immer wieder davon abgekommen, weil

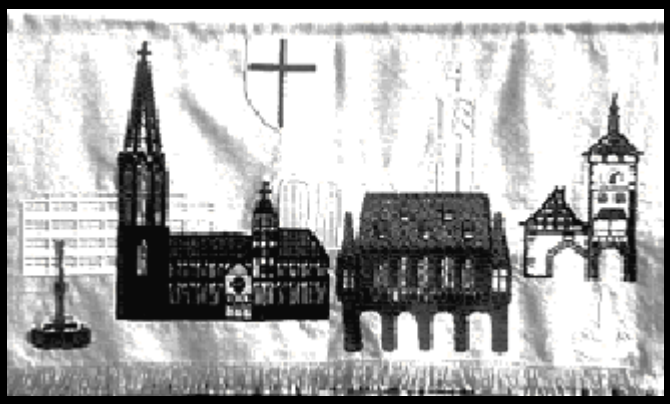
längst die Zeit vorbei ist, in der für das Frauenstudium und die Gleichberechtigung gekämpft werden muß ...".

Die Schülerinnengeneration, die in den sechziger Jahren heranwuchs, hätte ihr da allerdings sicher nicht zugestimmt. Sie teilte diese Einschätzung der Situation der Frauen nicht, für sie begann der Kampf um Gleichberechtigung gerade erst.

Schließlich wurde der Vorschlag von Frau Rauth, der damaligen Schulsekretärin, aufgegriffen, man solle die Schule nach Philipp Merian benennen, da sie ja auf seinem Grund und Boden erbaut worden sei.

Die Direktorin, Frau Binder begründete die Entscheidung der Schule für den Namen **"Merian-Frauenfachschule"** in ihrem Antrag an das Oberschulamt wie folgt:

"Und so tauchte immer wieder der Name Merian auf in Würdigung der großen Verdienste des Mannes, der in Freiburg studierte und viele Jahre hier lebte. Aus seiner Liebe zu den Freiburgern beschenkte er sie mit vielen Stiftungen unterschiedslos, also für ihn waren nur Charakter und Zweck entscheidend und nie eine bestimmte Partei oder Religion. Diese neutrale Einstellung, ähnlich wie bei Henri Dunant, war für uns ebenfalls mitbestimmend. Außerdem kommt hinzu, daß dieser Name jedem bekannt ist, er ist kurz, klingt gut und kann nicht verstümmelt werden."



Und, so sollte man hinzufügen, die Erinnerung an Philipp Merian im Namen einer Schule wachzuhalten, sollte ein Zeichen der Wertschätzung dieses Mannes sein, der sich mit seiner Zustiftung zur Sautier-Reibeltschen Stiftung für die Ausbildung armer, aber begabter Jungen und Mädchen beider Konfession in besonderer Weise um die Jugend verdient gemacht hat. Noch heute kann die Merian-Schule jährlich aus dieser Stiftung eine kleine Summe für bedürftige Schüler vergeben. Ein schöner Zufall am Rande ist, daß 1896 bei der Gründung der Schule ins Auge gefaßt worden war, eventuell die Mädchenstiftschule der Sautier-Reibelt-Merianschen Stiftung mit der Frauenarbeitsschule zu vereinigen.

Im Februar 1964 stimmte der Schulausschuß der Stadt Freiburg dem Namen Merian-Frauenfachschule gegen den Antrag von Bürgermeister Knoell, die Schule nach der schwedischen Sozialpolitikerin Elsa Brandström, dem "Engel von Sibirien", zu benennen, zu.

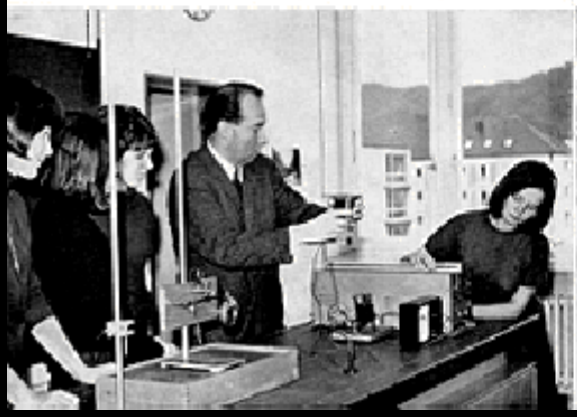
Für das Schuljahr 1964/65 wurden nur noch 166 Schülerinnen verzeichnet. Offenbar litt die Schule unter Schülerschwund, und Frau Binder bemühte sich tatkräftig um eine Erweiterung der Schule. Sie forderte erfolgreich, die fachliche Vorbereitung der HHT-Lehrerinnen wieder an die Frauenfachschule zurückzugeben. Im November 1964 wurde die Fachausbildung des HHT-Seminars aus der Höllentalstraße 2 wieder an die Schule zurückverlegt.

Hauswirtschaftliche Fachklassen
Klasse I 1 Jahr Praktikum Klasse II
für Sekundanerinnen und Schülerinnen mit abgeschlossener Mittelschule oder Höherer Handelsschule,
als Vorbildung zur hauswirtschaftlichen Berufsschul- und Fachschullehrerin,
Energie-, Gas- und Haushaltberaterin, Hauswirtschafts- und Betriebsleiterin.
Abiturientinnen haben verkürzte Ausbildung.
Ab 1968 erfordert die Lehrerinnenausbildung den Besuch des Frauenberuflichen Gymnasiums (im gleichen Gebäude)

Gewerbliche Fachklassen
Klasse I Werkstattjahr Klasse II
für Sekundanerinnen und Schülerinnen mit abgeschlossener Mittelschule oder Höherer Handelsschule,
als Vorbildung und Voraussetzung zur gewerblichen Fachschullehrerin, Textilberaterin und Einkäuferin, Direktrice in der Bekleidungs- und Wäscheindustrie, Redaktionsassistentin in Modeverlagen.

Halbjähriger Vorbereitungskurs für das Hauswirtschaftliche Seminar
aufbauend auf der Mittleren Reife

Seminaraußenklassen I und II



Im März 1965 bat schließlich das Kultusministerium die Stadtverwaltung der Stadt Freiburg, an der Merian-Frauenfachschule eine HHT-Außenklasse einzurichten, da die Ausbildungsplätze am HHT-Seminar in der Höllentalstraße 2 nicht mehr ausreichten. Diese Klasse wurde am 3.5.1965 eingerichtet, aber jetzt machte sich Lehrermangel bemerkbar, und Frau Binder mußte sich auf die Suche nach Lehrkräften begeben.

Um die Schülerinnenzahl weiter zu stabilisieren, bat die Direktorin den Kulturausschuß des Landtages, hauswirtschaftliche und soziale Berufe durch Werbung und Bereitstellung der erforderlichen Ausbildungsmittel zu fördern. Die Nachfrage der Betriebe nach diesen Fachkräften sei sehr groß, es würden aber zu wenige ausgebildet. Ihre aus der geringen Zahl resultierende Überforderung schrecke weitere Interessentinnen ab.

Im Herbst 1966 stellte die Merian-Frauenfachschule den Antrag auf Genehmigung einer zweijährigen Berufsfachschule als Aufbauzug für Volkschülerinnen aus den Jahresklassen. Da dieser Zug aber bereits an der Adelhauser Schule geplant war, lehnte das Oberschulamt ab. Stattdessen schlug es der Merian-Frauenfachschule im Dezember 1966 vor, den Antrag auf Einrichtung einer dreijährigen Frauenoberschule zu stellen, da durch die geplante Neuregelung der HHT-Lehrerinnen-Ausbildung die entsprechenden Klassen wegfielen. Der Gewerbelehrerverband hatte die Einrichtung fachbezogener Gymnasien durchgesetzt, und so wurde an der Frauenfachschule eine Spezialisierung in den typischen Frauenfächern ins Auge gefaßt.

Das "Frauenberufliche Gymnasium", das zur fachgebundenen Hochschulreife führte, wurde bereits zum Schuljahr 1967/68 eingeführt und 1971 erweitert. 1970 wurde das erste Abitur abgenommen.

Als die Ausbildung von HHT-Lehrerinnen wegen der Neuregelung der Ausbildung zum Fachlehrer für musisch-technische Fächer auslief, legte die Direktorin dem Oberschulamt im Dezember 1968 ein Projekt für ein Fachinstitut zur Ausbildung von Fachschullehrerinnen für musisch-technische Fächer vor, um den Wegfall der entsprechenden Klassen auszugleichen.

Frau Binder wiederholte ihren Vorschlag mehrmals hartnäckig, mußte aber eine Ablehnung hinnehmen.

Im Februar 1971 bat sie das Oberschulamt, an der Merian-Frauenfachschule ein Kindergärtnerinnenseminar einrichten zu dürfen. Seit Ende der sechziger Jahre war im Zuge der Reform des Kindergartens die Nachfrage nach Erzieherinnen so stark gestiegen, daß die privaten Schulen sie nicht mehr decken konnten. Deshalb schuf man staatliche Schulen. Bereits zum Schuljahr 1971/72 wurde unter der Leitung von Herrn Dr. Gundersheimer die Berufsfachschule für Sozialpädagogik eingerichtet, von da an nannte sich die Schule schlicht **Merian-Schule**. Die Freiburger Institution war eine der ersten staatlichen Berufsfachschulen für Sozialpädagogik in Baden-Württemberg. Zwischen 1976 und 1982 erlebte diese neue Schulart eine stürmische Aufbauphase. Die Kolleginnen und Kollegen der Merian-Schule, Frau Dittmar, Frau Kohnle, Herr P. Schwab und andere arbeiteten an der Lehrplanentwicklung und dem Ausbau des Praxisberatersystem mit.

Im Februar 1972 genehmigte das Kultusministerium zwei neue Ausbildungsgänge an der Schule: eine einjährige hauswirtschaftlich-pflegerische Berufsfachschule zum Beginn des Schuljahres 1972/73, die die einjährige Hauhaltsfachklasse ablöste, und eine zweijährige Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Textilarbeit zum Schuljahr 1973/74, in der die beiden Berufsfachschulen hauswirtschaftlicher und gewerblicher Richtung aufgingen. Von jetzt ab konnte man über den Ausbildungsweg der Hauswirtschaftsleiterin und ein anschließendes Praktikum ein Studium an der Berufspädagogischen Hochschule aufnehmen. Für einen Teil der Lehrerinnen der Abteilung bedeutete dies, daß sie sich in völlig neue Fächer in der Fachschule für Sozialpädagogik einarbeiten mußten.

Der Aufbruch der jungen Generation aus der autoritären Gesellschaft, den die Studentenbewegung initiiert hatte, zeitigte auch an der Merian-Schule Folgen. Die Akten des Oberschulamts erwähnen 1972 zum ersten Mal eine Schülerversammlung an der Merian-Schule, die folgende Anliegen an die Schulbehörde richtete: die Schülerinnen baten einmal um eine Prüfungsordnung für die zweite Fremdsprache im Hinblick auf die Erreichung des allgemeinen Hochschulreife und, man höre und staune, sie forderten mehr Unterricht; die Gymnasiastinnen wünschten eine Steigerung der Stundenzahl in Klasse 13 in den abiturrelevanten Fächern. Während das Oberschulamt die zweite Bitte abschlägig beschied, beantwortete es die erste mit dem Hinweis, daß der Erwerb der allgemeinen Fachhochschulreife durch Schüler der frauenberuflichen Gymnasien nach dem Erlaß vom 25.2.1972 möglich sei, wenn die 2. Fremdsprache als Wahlpflichtfach eingeführt wird. Seit dieser Zeit bietet die Schule die Möglichkeit zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an.

Am 25.7.1972 verabschiedete die Merian-Schule ihre langjährige Schulleiterin, Frau Ingeborg Binder: Sie hatte während ihrer 26-jährigen Dienstzeit als Schulleiterin die Merian-Schule entscheidend geprägt. Mit enormer Tatkraft hatte sie die Schule nach der Zerstörung wiederaufgebaut, um ihre Erhaltung auch in mageren Zeiten gekämpft, den Besitzstand zäh verteidigt und die Schule vor allem während der sechziger Jahre stark ausgebaut.

Anfang Februar 1973 übernahm der Diplom-Meteorologe, Physiker und Mathematiker **Karl Kloe** die Leitung der Schule.

Im Herbst 1973 wurde die Merian-Schule aus ihrer beschaulichen Ruhe gerissen, vor allem in der Fachabteilung für Sozialpädagogik. Sach- und Generationenkonflikte wurden in diesen Jahren in Schülerinnenstreiks und heftigen Auseinandersetzungen ausgetragen. Erst Anfang der achtziger Jahre kehrte an der Schule wieder Ruhe ein Für das Jahr 1974 verzeichnete die Schule 400 Schülerinnen. Der erste Junge, Klaus Halberstadt, trat im Schuljahr 1975 ins Gymnasium ein, im nächsten Schuljahr waren es bereits ein Junge im Gymnasium und fünf in der Fachschule für Sozialpädagogik. Diese Neuerung kennzeichnet wohl am stärksten den Wandel der Schule von einer speziell frauenberuflichen Bildung hin zu einer offen angelegten Bildung. Im Schuljahr 1976/ 77 wurde folgerichtig das Frauenberufliche Gymnasium in Haushalts- und ernährungswissenschaftliches Gymnasium umbenannt.

Wegen zunehmender Nachfrage stellte die Schulleitung der Merian-Schule im März 1978 einen Antrag auf die Einrichtung eines sozialpädagogischen Gymnasiums, wodurch man den Rückgang am Beruflichen Gymnasium hätte ausgleichen und weiter zwei Parallelklassen hätte führen können. Das Kultusministerium lehnte diesen Antrag im Oktober des Jahres mit der Begründung ab, daß ein Bedarf an sozialpädagogisch ausgerichteten Berufen nicht bestehe und dadurch auch hauswirtschaftliches und Wirtschaftsgymnasium ausbluteten.

Auch die am im April 1979 wegen des sich abzeichnenden Schülerrückgangs beantragte Einrichtung einer Schule für Diätassistentinnen wurde abgelehnt.

Im Juni 1980 bat die Stadt Freiburg das Oberschulamt um die Einrichtung eines einjährigen Berufskollegs der hauswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und sozialpädagogischen Richtung zum Erwerb der Fachhochschulreife. Anfang April des nächsten Jahres stimmte das Kultusministerium der Einrichtung eines Berufskollegs der hauswirtschaftlichen Richtung zu; so konnte der Unterricht bereits zum Schuljahr 1981/82 aufgenommen werden.

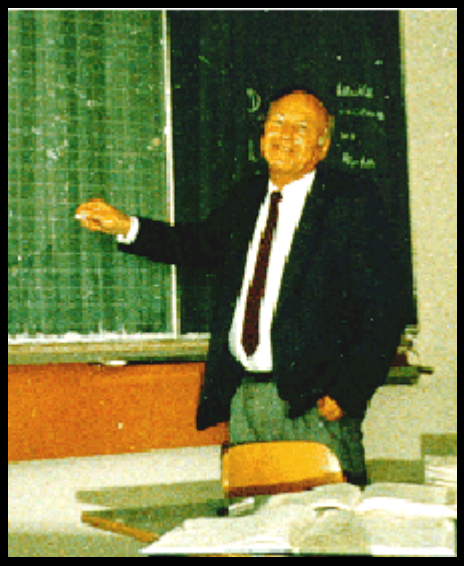
Im Juli 1984 schied Oberstudiendirektor Karl Kloe mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Schuldienst aus.

Auf Anregung des Biologielehrers, Herrn Beck, hatte die Merian-Schule bereits 1981 als eine der ersten Schulen in Baden-Württemberg einen Computer gekauft. In der Folge wurden schulintern Arbeitsgemeinschaften für Schüler und Fortbildungen für Lehrer organisiert. Außerdem nahm die Schule auch an der Lehrplanentwicklung in der Datenverarbeitung teil. Sie fungierte als Modellschule für Datenverarbeitung im haus- und landwirtschaftlichen Schulbereich und beteiligte sich an zahlreichen Projekten. Ab Mitte der achtziger Jahre, als der PC seinen Siegeszug antrat, wurden zuerst vorläufige Lehrpläne für die verschiedenen Klassen erprobt und dann verpflichtender Teil des Unterrichtsprogramms, später wurde die Computereinsatz auch in verschiedene Fachbereiche integriert. Heute ist das noch Anfang der achtziger Jahre exotische Gerät selbstverständlicher Bestandteil der Lehrpläne, wie es Bestandteil vieler Berufsbilder geworden ist.

Zum Schuljahresbeginn 1984/85 war der Diplom-Volkswirt und bisherige Leiter des Prüfungsamtes für die Lehrämter an beruflichen Schulen, **Dr. Gerhard Budig**, in sein Amt eingeführt worden. Mit großer Tatkraft ging Dr. Budig seine neuen Aufgaben an. Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Einleitung innerschulischer Reformen, die Ergänzung und Sanierung der Schulausstattung, die Einrichtung ergänzender Bildungsangebote und nicht zuletzt die Nutzbarmachung vorhandener Stärken der Merian-Schule.

In enger Zusammenarbeit mit dem Oberschulamt Freiburg galt es, Entwicklungen zu erkennen, die eingerichteten Schularten der Merian-Schule zu erhalten, zu fördern und zu stärken.

In den zurückliegenden 100 Jahren hat die Merian-Schule sich immer wieder den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen müssen. Insbesondere in den letzten zehn Jahren mußte die Schule, die traditionell überwiegend junge Frauen ausbildet, auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren und für die Bildungsgänge eine neue Konzeption entwickeln.



Die Generation der heutigen jungen Frauen strebt in anspruchsvolle Bildungsgänge, die konsequent ins Erwerbsleben führen; Selbstbestimmung und Gleichberechtigung in Partnerschaft und Beruf sind gefragt, ebenso die Einführung in eine verantwortungsvolle Lebensführung.

Im Schuljahr 1990 trugen die Anstrengungen von Dr. Budig Früchte. Zwei neue Schularten, die "Fachschule für Organisation und Führung mit Schwerpunkt Sozialwesen" und die "Berufsfachschule zum Erwerb von Zusatzqualifikationen mit dem Schwerpunkt Ernährung" ergänzten die bisherigen Bildungsgänge.

Der Schulversuch der Fachschule für Organisation und Führung wurde in Art , Inhalt und Struktur richtungsweisend für Baden-Württemberg.

Damit war ein Grundstein gelegt für eine neue tragende Säule der Merian-Schule: die Erwachsenenbildung.

Dr. Budig leitete auch eine dringend notwendige Neugestaltung der Fachräume ein. Die naturwissenschaftlichen Lehrräume wurden saniert und auf den neuesten Stand gebracht, die hauswirtschaftliche Abteilung erhielt eine Kojenküche.

Eine wichtige Aufgabe bestand für Dr. Budig auch darin, die Erhaltung des Wohnheimes zu sichern. Das Oberschulamt Freiburg hat den Schulleiter bei diesem Bemühen unterstützt.

Während seiner Amtszeit trieb Herr Dr. Budig nicht nur den Ausbau der Schule voran, sondern hat der Schule durch seine

ausgeprägten kulturellen und ästhetischen Interessen eine Vielzahl von Impulsen gegeben.

So förderte er Schulpartnerschaften mit französischen Schulen, dem Lycée Professionnel Jean-Frédéric Oberlin in Straßburg und dem Lycée Professionnel et Industriel in Colmar. Durch private Kontakte einer Kollegin (Frau Thomä-Dierkesmann) mit Ungarn ergab sich die Begegnung einer Klasse mit dem Táncsics-Mihaly-Gymnasium in Budapest. Der Gegenbesuch einer Musik-Klasse aus Budapest hatte einen Höhepunkt im Empfang durch den Freiburger Stadtrat und in einem Konzert im Historischen Kaufhaussaal.

Zahlreiche Veranstaltungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit dienten der Förderung der musisch-kulturellen Bildung in der Schule. Durch Vorträge und Werkstattgespräche mit bildenden Künstlern, durch regelmäßige Lesungen mit bekannten Autoren wie André Weckmann, Kurt Marti, Margarete Hannsmann, dem Psychotherapeuten Tilmann Moser u.a. wurden die Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit Literatur, Kunst, Psychologie und dem Zeitgeschehen angeregt. Regelmäßige Projekttage, deren Ergebnisse an Eltern- und Informationsabenden sowie am Tag der Offenen Tür vorgestellt wurden, Fotowettbewerbe mit Plakaten zur Verschönerung der Schule, Theateraufführungen durch Schüler und Lehrer sowie Pausenkonzerte, die Beteiligung an der Landesgartenschau und einer Japan-Woche der Stadt Freiburg bereicherten den Schulalltag.

Im Januar 1990 erkrankte Dr. Budig schwer. Seine Stellvertreterin, Frau StD Geyer, übernahm die Schulleitung bis zu ihrem krankheitsbedingten Ausscheiden im Sommer 1990. So mußte Frau OStR Hormes-Heitzmann kommissarisch die Arbeit von 3 Funktionsstellen bis Mai 1991 übernehmen. Diese Vielzahl von Aufgaben zu meistern und die Schule auf einen neuen Abschnitt vorzubereiten, war für Frau Hormes-Heitzmann eine Herausforderung.

Am 15. Mai 1991 wurde Diplom-Volkswirt **Klaus Streibich**, der bisherige Referent für Haus- u. Landwirtschaftliche Schulen im Oberschulamt Freiburg , zum heutigen Schulleiter ernannt. Ein umfassender Erneuerungsprozeß, der an die Arbeit von Dr. Budig anknüpfte, wurde eingeleitet. Zum damaligen Zeitpunkt besuchten 350 Schülerinnen und Schüler in 19 Klassen die Bildungsgänge der Merian-Schule - zu wenig, um den Schulträger für Investitionen zu gewinnen, zu wenig, um stabile Klassengrößen zu garantieren und im Spektrum der Freiburger beruflichen Schulen attraktiv zu sein.

Konsequent leitete die neue Schulleitung - Herr Streibich, Frau Hormes-Heitzmann, Herr Ennulat und ab Herbst 1991 mit Herrn Dr. Bobeth - entscheidende Schritte ein: Neben einer offensiven Information der Bevölkerung über die Bildungsmöglichkeiten in der Merian-Schule galt es auch, die Lehrkräfte für neue Sichtweisen zu gewinnen.

Es galt, deutlich zu machen, daß sich die Merian-Schule - trotz eines hohen Anteils an Vollzeitschularten - klar von einer allgemeinbildenden Schule unterscheiden muß und die Vermittlung berufsbezogener Ausbildungsinhalte im Vordergrund steht.

Neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in den Bereichen Ernährung, Ernährungsberatung, Lebensmitteltechnologie und Ökologie, die deutlich verstärkte Nachfrage nach Fachkräften mit sozialpädagogischer und sozialpflegerischer Qualifikation belegen den Stellenwert für die Raumschaft Freiburg.

Die Erweiterung der Bildungsangebote in Richtung Managementausbildung für soziale Einrichtungen hat eine überregionale positive Resonanz gefunden und ist ebenso wie die Vermittlung allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife für den südbadischen Raum eine feste Institution geworden.

Die aktuellen Schülerzahlen belegen dies:

Schuljahr	90/91	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96
Schülerzahlen	350	480	595	643	769	831
Klassenzahlen	19	25	27	30	35	37

Die Neuausrichtung führte vom Schuljahr 1991/92 an zu den Berufsfachschulen zum Erwerb von Zusatzqualifikationen mit den Schwerpunkten Pflege (Altenpflegehilfe) und Erziehung (Kinderpflegerin) und ermöglichte vom Schuljahr 1992/93 an das Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife in Teilzeitform mit den Schwerpunktsfächern Biologie oder Betriebswirtschaftslehre. Diese Schularten im Bereich der Erwachsenenbildung machen in ihrer Gesamtheit etwa ein Drittel der Schülerschaft der Merian-Schule aus.

Die einjährige hauswirtschaftliche Berufsfachschule, die über mehrere Schuljahre ruhte, ist heute wieder fester Bestandteil der Schule; das Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft I ist mit dem Schwerpunkt Sozialpflege für junge Menschen wieder attraktiv geworden.

Die naturwissenschaftliche Ausrichtung des Beruflichen Gymnasium in Richtung Ernährungswissenschaft und Ernährungsökologie öffnet den Absolventen die Türe für Zukunftsarbeitsplätze.

Die fachliche Qualität und die berufliche Verwertbarkeit hauswirtschaftlicher, sozialpädagogischer und sozialpflegerischer Ausbildung ist von vielen Faktoren abhängig, insbesondere auch von der Ausstattung der Fachräume: Chemie- und Biologielabors, Betriebs- und Ausbildungsküchen, Werkräume, Kunst- und Textilarbeitsräume, Musikräume, Räume für pflegerische Übungen und Datenverarbeitung.

Die Stadt Freiburg als Schulträger hat beim Neubau 1963 Maßstäbe gesetzt, die heute noch aktuell sind. Vor fünf Jahren wurde mit den naturwissenschaftlichen Fachräumen die Sanierung und Aktualisierung der einzelnen Fachbereiche begonnen. Es folgten die Erneuerung einer Lehrküche und in diesem Jahr der Umbau und die Neuausstattung der Betriebsküche, die die Attraktivität der Schule für hauswirtschaftliche Ausbildungsgänge deutlich erhöhen wird. Zwei neue EDV-Räume, Fachräume für den Kunstunterricht und für sozialpflegerische Übungen wurden ausgestattet.

Die Stadt Freiburg hat damit wichtige Beiträge für die Ausbildungsqualität der Schule geleistet.

nächste Seite

Philipp Merian

1773 - 1848

Der Namensgeber der Schule

Zum Ende des Schuljahres 1993/94 wurde das in die Schule integrierte Merian-Wohnheim auf Wunsch des Schulträgers geschlossen. Dies bedeutete für die Schule einen schmerzlichen Verlust. Nach einer Umbauphase, die bis in den Juli 1996 dauerte, stehen der Schule vom Schuljahr 1996/97 an fünf neue Unterrichts- und Fachräume zur Verfügung, die dem wachsenden Raumbedarf entsprechen.

Diese erfolgreiche Wegstrecke konnte nur zurückgelegt werden, weil die Merian-Schule den Schulträger und das Oberschulamt zur Zusammenarbeit gewinnen konnte.

Richtungsweisende Impulse von Dr. Budig im musisch-kulturellen Bereich, die zu einer Bereicherung des Schulalltags führten, sind auch heute noch Bestandteil des Schullebens.

Hervorzuheben ist die Zusammenarbeit der Merian-Schule mit französischen und schweizerischen Agrarschulen im Rahmen des Netzwerks RHINAGRA, einem Verbund von Berufsschulen mit den Schwerpunkten der Lebensmittelerzeugung und - verarbeitung. Neben Schüleraustausch und Kontakten von Fachkollegen sind deutsch-französiche Arbeitsgemeinschaften in den Bereichen Chemie, Lebensmitteltechnologie und Kunst zu erwähnen.

Rückblick

Die Geschichte der Merian-Schule spiegelt wesentliche soziale Entwicklungsprozesse des letzen Jahrhunderts wider.

Wir stehen einem enormen Wandel der Frauenbildung gegenüber, und das selbst in dem Teil der weiblichen Bildung, der bei den Frauen, die die traditionelle Frauenrolle ablehnten, als rückwärts gewandt verpönt war.

Von der Ausbildung für den Haushalt, das heißt von Fertigkeiten und Kenntnissen für eine rationelle Organisation des Haushalts, geht die Entwicklung zur hauswirtschaftlichen Ausbildung für den Beruf und zur Verwissenschaftlichung der Berufsbilder hin. Die Erkenntnis, daß Frauen Berufe brauchen, entstand als Folge der Industrialisierung und im Zuge der weiblichen Emanzipationsbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts. Sie setzte sich aber erst sehr langsam nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit der Inflation von 1923 und der Weltwirtschaftskrise durch, als Frauen und Mädchen durch die Not gezwungen waren, zum Familienunterhalt beizutragen und auch, wie die Quellen belegen, weil viele Mädchen und Frauen keine Heiratschancen hatten, da die jungen Männer im Krieg gefallen waren.

Während der NS-Zeit kam es zu einem Rückschlag in der Frauenbildung. Um die Arbeitsplätze der Männer zu sichern, sollten die Frauen wieder den "Beruf Hausfrau" ergreifen. Aber diese Politik ließ sich nicht durchhalten, denn in kleinbürgerlichen Kreisen und auch in den sogenannten gutbürgerlichen Familien, von denen viele durch die

Wirtschaftskrise deklassiert worden waren und die den größten Teil der Schülerinnen der Frauenarbeitsschule stellten, setzte sich die Erkenntnis durch, daß Mädchen eine Berufsausbildung brauchen.

So erklärt sich auch, daß sich die Schülerinnenzahlen an der Frauenarbeitsschule erst wieder zu stabilisieren begannen, als 1936 erneut eine Berufsausbildung angeboten wurde.

Aber selbst nach dem Zweiten Weltkrieg mußte die Schulleiterin, Frau Binder, den Kampf um die weibliche Berufsausbildung erneut aufnehmen. Zwar hatten die Frauen im Krieg die Erfahrung gemacht und machen müssen, daß sie durchaus in der Lage waren, "Männerarbeit" zu verrichten und daraus Selbstbewußtsein zu gewinnen. Auch tauchten die gleichen Probleme auf wie nach dem Ersten Weltkrieg - Arbeitsplätze waren bis Anfang der fünfziger Jahre rar, aber nicht nur Männer, sondern viele verwitwete und alleinstehende Frauen waren auf Berufstätigkeit angewiesen und mußten sich für den Konkurrenzkampf qualifizieren. Dennoch dauerte es noch bis Ende der fünfziger Jahre, bis sich die Erkenntnis der Notwendigkeit weiblicher Berufsausbildung endgültig durchsetzte.

Erst mit dem "Wirtschaftswunder" war die Voraussetzung für die Verwirklichung der Gleichheit der Bildungschancen, wie sie die demokratische Verfassung der Bundesrepublik vorsieht, geschaffen. Heute ist die Berufsausbildung der Frauen selbstverständlich. Mit diesem Wandlungsprozeß ging eine weitreichende Veränderung des Aufgabenbereichs der Frau einher.

Aus der "Frau im Haus", der vor der Industrialisierung die Leitung des Familienhaushalts, die Erziehung der Kinder und die Pflege der Alten oblag, wurde die Frau in ihrer "Doppelrolle als Hausfrau und Mutter", wie ein Zeitungsartikel über eine Ausstellung an der Merian-Schule aus der Mitte der sechziger Jahre anschaulich schildert: "Die Soziologen sprechen von einer veränderten Welt der Frau, die in das Berufsleben hineingedrängt wird, die mit den Problemen der Gemeinde, ihres Landes, ja der ganzen Welt konfrontiert wird und die auch in der Ehe ganz allein mit ihrer häuslichen Arbeit, mit der Erziehung der Kinder fertig werden muß, ohne daß eine Großmutter oder sonstige Haushaltshilfe ihr zur Seite wäre. Aus diesem Grund spricht man von der Doppelbelastung der Frau, welche sowohl die Berufsarbeit als auch die häuslichen Pflichten kennt und darüber hinaus bemüht ist, sich modisch und adrett zu kleiden. Einen Querschnitt von der Tätigkeit der Frau von heute ... zeigt ... eine Ausstellung der Merian-Schule."

Zugleich wurden die ursprünglichen Aufgabenbereiche der Frau professionalisiert, es kam zu einer Aufsplitterung und Ausdifferenzierung ihrer Tätigkeitsfelder in spezielle Berufsbilder wie Wirtschafterin, Erzieherin oder Pflegerin; diese Berufe werden inzwischen auch von Männern ausgeübt.

Darüber hinaus hat sich mit der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Prosperität, die die Aufhebung des Schulgeldes und die finanzielle Förderung der Bildung mit sich brachten, die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft von den "Töchtern aus gutem Haus" zu einem breiten Spektrum aus allen Schichten gewandelt.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Wandel hat schließlich zu einer Situation geführt, in denen Mädchen und Jungen die gleichen Bildungswege offenstehen. Sie werden auch von beiden Gruppen wahrgenommen, aber immer noch in unterschiedlichen Maße, "frauen- und männerspezifisch".

Kurz vor der Jahrtausendwende wird sehr rasch immer deutlicher, daß wir in einer Zeit einer neuen technischen und wirtschaftlichen Revolution leben, einer Entwicklung hin zur Globalisierung der Märkte, die eine Globalisierung der Arbeitsmärkte beinhaltet. Von diesen Veränderungen wird auch die Merian-Schule nicht unbehelligt bleiben. So wird die Schule vor neue Herausforderungen gestellt, deren Bewältigung wahrscheinlich schwieriger ist als die jeder anderen Aufgabe zuvor.

Die dringend notwendige Umgestaltung der Schule und ihre Anpassung an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel des Informationszeitalters hat bereits begonnen.

Quellen:

- Die Akten und Fotos des Stadtarchivs Freiburg, C 4 Schulsachen

- Die Akten und Fotos des Universitätsbauarchivs

- Die Akten des Oberschulamts Freiburg

- Die Akten des Freiburger Amtes für Statistik und Einwohnerwesen

- Klapper, Edith, Stadtentwicklung und Schulwesen in Freiburg im Breisgau vom 13.

- Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bühl 1982

- Haumann, Heiko und Schadek, Hans (Hrsg.); Geschichte der Stadt Freiburg, Band 3:

- Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, 1992

- verschiedene Zeitungsartikel der Badischen Zeitung von:

- Kalchtaler, Peter; Thöni, Gerhard u. v. a.

An dieser Stelle möchte ich all denen danken, die mir bei meiner Arbeit geholfen haben, besonders Herrn Klaus Müller

(Oberschulamt Freiburg), Herrn Wolf (Stadtarchiv), Herrn Rothe (Universitätsbauarchiv) und allen Kollegen, die mir mit Auskünften zur Verfügung standen.

OStR´in Maria Klahm-Rauscher Sommer 1996

Die heutigen Schularten der Merian-Schule

Einjährige Hauswirtschaftliche Berufsfachschule

Die Ausbildung an der Hauswirtschaftlichen Berufsfachschule vermittelt hauswirtschaftlich-sozialpflegerisches Grundwissen. Ausbildungsziel für die Schülerinnen und Schüler ist, die Aufgaben in hauswirtschaftlichen Großbetrieben, Kindergärten, Heimen, Horten, Kantinen, Sozialstationen und Privathaushalten zu erkennen und einen praktischen Beitrag bei der Betreuung und Versorgung von Menschen leisten zu können.

Die Ausbildung dauert ein Schuljahr und endet mit einer Abschlußprüfung.

Der erfolgreiche Besuch der Schule ist Voraussetzung oder sehr hilfreich für weitere Ausbildungsgänge mit sicheren Arbeitsmarktchancen, z.B. Hauswirtschafterin, Altenpflegerin, Krankenpflegehelferin, Kinderpflegerin ....

Die Hauswirtschaftliche Berufsfachschule wird bei der Ausbildung zur Hauswirtschafterin als 1. Lehrjahr angerechnet.

Einjähriges Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft I

Das Berufskolleg wendet sich speziell an Realschüler/innen, die eine Ausbildung in einem nichtärztlichen Heilberuf oder in einem sozialpflegerischen bzw. sozialpädagogischen Beruf beginnen wollen. Die Ausbildung dauert ein Jahr und vermittelt Grundlagen für soziale und hauswirtschaftliche Aufgaben. Durch die Ausbildung des Berufskollegs überbrücken die Schüler/innen die Zeit bis zum 17. Lebensjahr, das vom Krankenpflegegesetz für Arbeitnehmer in diesem Bereich als Mindestalter vorgeschrieben ist. Ein guter Abschluß verbessert die Chancen im Auswahlverfahren der Fachschule für Sozialpädagogik.

Zu dem praxisnahen Unterricht gehören auch ein vierwöchiges Praktikum und berufsbezogene Fächer wie z. B. Sozialpflege, Datenverarbeitung u. a.

Als Weiterbildungbietet sich ein Einstieg in soziale Berufe wie Altenpfleger/in, Krankenpfleger/in, Arzthelfer/in oder Hauswirtschaftliche/r Betriebsleiter/in an.

Zweijähriges Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft II

Wer Hauswirtschaftsleiter/in werden will, besucht dieses zweijährige Berufskolleg. Die Ausbildung soll dazu befähigen, soziale, wirtschaftliche und organisatorische Aufgaben bei der Versorgung und Betreuung von Menschen in öffentlichen und privaten Einrichtungen oder Unternehmungen selbständig verantwortlich wahrzunehmen. Nach der Abschlußprüfung finden die Schüler/innen eine Anstellung in Altersheimen, Tagesstätten, Krankenhäusern etc. Durch Zusatzunterricht wird

der Erwerb der Fachhochschulreife ermöglicht oder auf die Ausbildung für Technische Lehrerinnen an beruflichen Schulen hauswirtschaftlicher Fachrichtung vorbereitet.

Zugangsvoraussetzungen sind:

1. mittlerer Bildungsabschluß über die Realschule oder die zweijährige hauswirtsch.-sozialpäd. Berufsfachschule und eine verkürzte Lehre als Hauswirtschafterin bzw. ein Praktikum von zwei Jahren.

2. Realschulabschluß und Berufsabschluß als Köchin/Koch oder verwandte Berufe.

Zweijährige Fachschule für Sozialpädagogik

Die Fachschule für Sozialpädagogik bildet zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/in aus. Sie gliedert sich in eine zweijährige Schulausbildung und ein einjähriges bezahltes Berufspraktikum. Die zweijährige Schulausbildung beinhaltet verschiedene Praktika. Erwartet werden vom Erzieher Kontaktfähigkeit und Aufgeschlossenheit für junge Menschen.

Zugangsvoraussetzungen: Fachschulreife oder Realschulabschluß oder Versetzung in Kl. 11 eines Gymnasiums oder gleichwertiger Bildungsnachweis und ein Vorpraktikum oder Abschluß der zweijährigen hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufsfachschule.

Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife und Zweijähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife in Teilzeitform

Mittlerer Bildungsabschluß (Fachschulreife oder Realschulabschluß oder Versetzung nach Klasse 11 eines Gymnasiums oder Abschluß nach dem "9+3"-Modell) und eine abgeschlossene Berufsausbildung sind die Voraussetzungen zum Besuch des Berufskollegs. Das Berufskolleg wird in Vollzeitform mit dem Schwerpunktfach Biologie und in Teilzeitform mit dem Schwerpunktfach Biologie oder Betriebswirtschaftslehre angeboten. In Vollzeitform dauert die Schule ein Jahr, in Teilzeitform zwei Jahre. In derr berufsbegleitenden Unterrichtsform wird der Unterricht an zwei Abenden und an den Schulsamstagen gegeben. Der erfolgreiche Abschluß, die Fachhochschulreife, berechtigt zum Studium aller Studiengänge an sämtlichen Fachhochschulen.

Kompaktunterricht in Englisch und Mathematik als Vorbereitung zum Besuch des Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife

Für Schüler, die während ihrer Ausbildungszeit keine Gelegenheit hatten, Zusatzunterricht in Englisch und Mathematik an den Berufsschulen zu besuchen, bietet die Merian-Schule als einzige Schule in Südbaden einen Vollzeitunterricht über ca. 6 - 8 Wochen in diesen beiden Fächern an. Der Kompaktunterrricht findet zu Ende eines jeden Schuljahres statt.

Fachschule für Organisation und Führung mit Schwerpunkt Sozialwesen

Diese Fachschule wendet sich an engagierte Fach- und Führungskräfte, die eine Tätigkeit als Leiter oder Fachbereichsleiter in sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Horten, Jugendzentren, Tagesstätten, Altenheimen, Pflegeheimen, Mutter-Kind-Heimen, Internaten usw.) anstreben. Der Unterricht umfaßt einen Pflichtteil und einen Wahlpflichtteil mit mindestens 800 Unterrichtsstunden. Die Ausbildungsdauer beträgt in Teilzeitform zwei Jahre. Die Ausbildung im Sozialmanagement endet mit einer Abschlußprüfung zum "Staatl. geprüften Fachwirt für Organisation und Führung im Schwerpunkt Sozialwesen".

Berufsfachschule zum Erwerb von Zusatzqualifikationen

Diese Schulart gibt es für die drei Fachbereiche Ernährung, Erziehung und Pflege. Voraussetzungen sind der Hauptschulabschluß und die Erfüllung der Berufsschulpflicht. Die schulische Ausbildung, ergänzt mit Berufspraxis und Berufsabschlußprüfung, qualifiziert je nach Fachbereich zur Städtischen Hauswirtschafterin, staatlich anerkannte Kinderpflegerin oder staatlich geprüften Altenpflegehelferin. Die Ausbildung dauert zwei Jahre bei ca. 6-8 Unterrichtsstunden pro Woche. Sie wird nach Absprache mit den Teilnehmern in aufeinanderfolgenden Unterrichtsblöcken morgens, mittags oder abends angeboten.

Berufliches Gymnasium der ernährungswissenschaftlichen Richtung

Es führt über eine breite und vertiefte Bildung zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife. Das

Ernährungswissenschaftliche Gymnasium spricht besonders die Schüler/innen an, die sich für ernährungswissenschaftliche, medizinische, biologische und chemische Fragen interessieren. Praktischen und musischen Neigungen wird durch die Wahlmöglichkeiten der Fächer Textilarbeit, Bildende Kunst und Musik entsprochen.

Das Profilfach am ernährungswissenschaftlichen Gymnasium:

Ernährungslehre mit Chemie

Ernährungslehre mit Chemie ist in Klasse 11 ein Kernfach und ab Klasse 12 ein Pflichtleistungsfach am EG. In diesem Fach erwerben die Schüler fundierte Kenntnisse von physiologischen und chemischen Vorgängen, mit deren Hilfe sie sich zu Fachfragen und Problemen der Ernährung ein Urteil bilden können. Ernährungslehre mit Chemie ist ein modernes Fach, in dem die Schüler nicht nur theoretisches Wissen erlangen, sondern in Praktika auch Einblicke in eine zeitgemäße Labortechnik erhalten.

Die Bezeichnung "Ernährungslehre mit Chemie" drückt aus, daß im Mittelpunkt des Faches die Ernährungslehre steht.

Folgende wesentliche Fragen sollen beantwortet werden:

Welche Aufgaben haben die Nährstoffe im menschlichen Organismus zu erfüllen?

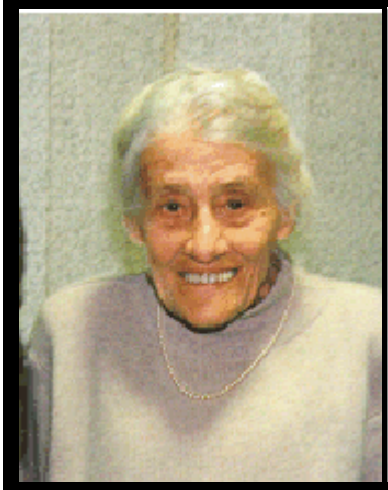
In welchen Lebensmitteln und in welchen Mengen kommen diese Nährstoffe vor?

Welche körperlichen, aber auch welche seelischen Störungen werden durch Mangelversorgung oder Überversorgung von Nährstoffen verursacht?

Wie kann man also bestimmten Erkrankungen vorbeugen oder sie durch Umstellung in der Ernährung auskurieren?

Um diese Fragen beantworten zu können, sind Kenntnisse in Biologie und Chemie notwendig. Biologie ist in der Klasse 11 ein Pflichtfach und kann in den Jahrgangsstufen 12 und 13 als Grundkursfach oder Leistungskursfach gewählt werden. Die Grundlagen in der Chemie werden in der Klasse 11 im Rahmen des Faches "Ernährungslehre mit Chemie" gelegt. Besondere Vorkenntnisse für dieses Fach sind also nicht verlangt. Mit dem Leistungsfach Biologie als Ergänzung bietet somit das EG die ideale Voraussetzung für ein Studium oder eine Berufsausbildung im medizinisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Medizin, Pharmazie, Biologie, Ökotrophologie, Chemie oder Lebensmitteltechnologie sind gern gewählte Studiengänge unserer Abiturienten.

Die ehemaligen Schulleiter der Merian-Schule nach 1945



Ingeborg Binder, 1946 - 1972 Karl Kloe 1973 - 1984 Dr. Gerhard Budig 1984 - 1991

Die heutige Schulleitung der Merian-Schule

von links nach rechts: Dr. Harald Bobeth, Rolf Ennulat, Christine Hormes-Heitzmann, Klaus Streibich

Lehrerkollegium im Jubiläumsjahr 1996

Brigitte Asmus, StD
Astrid Backes, WL (A)
Sebastian Barth, StR
Ernst-Georg Beck, StD
Reinhard Bensch, OStR
Johannes Bernlöhr, WL(A)
Jörg Birmelin, NL

Sabine Gattig-Jaschke, StR
Wolfgang Gauß, OStR
Erika Geiger, StR
Hanna Hager, StR
Joachim Hager, NL
Michael Hamann, StA
Gerhard Happel, OStR

Edmund Ohlendorf, StD
Sandy Pirie, NL
Luise Poppe, WL(A)
Daniela Pröpstl, OStR
Susanne Rembach, StRef
Hannelore Ruetz-Kublin, OStR
Ulrike Schäfer, StRef

Elisabeth Blessing, TOL
Karl-Anton Blum, KRel
Dr. Harald Bobeth, StD
Inke Büchner-Zarnkow, OStR
Susanne Bufler, HWSR
Christa Carle, OStR
Heinz-Jürgen Dahm, OStR
Annegret Dierkes, StRef
Michael Ebel, WL(A)
Rolf Ennulat, StD
Gerlind Forsbach-Sammans, WL(A)
Wolfgang Frech, NL
Renate Frey, TL
Neven Fruk, KRel
Peter Heimburger, OStR
Christine Hormes-Heitzmann, StD
Linda Huber, TL
Robert Kastenhuber, StR
Heinrich Kiefer, OStR
Maria Klahm-Rauscher, OStR
Heidrun Knappe-Luxem, NL
Victor Kolodziej, NL
Brigida Kraft, StR
Annemarie Lütjens, OStR
Gundula Malotki, StD
Alida Martin, WL(A)
Dr. Frank Müller, StR
Ulrike Müller-Greiner, StA
Dr. Barbara Schmidt, StRef
Gudrun Schmidt, EvREl
Ruth Schumann, StRef
Peter Schwab, StD
Michaela Siegel, StR
Rotraut Sprieß, Dipl. Sportl.
Klaus Streibich,.OStD
Dr. Wolfgang Teske, StD
Ildiko Thomä-Dierkesmann, OStR
Dr. Rainer Thomä, OStR
Ursula Voß, OStR
Monika Weber, WL(A)
Rolf Weidemann, OStR

Stand: Juni 1996

1986- 1996

10 Jahre Verein der Freunde der Merian-Schule Freiburg im Breisgau e. V.

Die Gründung des Vereins: Am 15. Oktober 1986 trafen sich unter der Leitung von Dr. Gerhard Budig, dem damaliger Schulleiter der Merian-Schule, die elf Gründungsmitglieder Ernst-Georg Beck, Ursula Bohnert, Dr. Wolfgang Teske, Gundula Malotki, Christine Hormes-Heitzmann, Roswitha Müller, Jörg Büchelin, Sabine Willmann, Otto Hoch, Liselotte Geyer, Dr. Gerhard Budig, um den Verein der Freunde der Merian-Schule aus der Taufe zu heben. Zum 1. Vorsitzenden wurde Dr. Gerhard Budig gewählt, sein Stellvertreter wurde Jörg Büchelin, Kassenwart Otto Hoch, der heute noch sein Amt dankenswerterweise bekleidet.

Aus heutiger Sicht waren die Gründungsmitglieder gut beraten und handelten sehr weitsichtig, den Förderverein zu gründen; denn im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage und die Kürzung städtischer Gelder ist der Verein heute nötiger denn je.

Vereinszweck: In der Satzung wurde der Vereinszweck folgendermaßen bestimmt: Einsatz und Durchführung von Bildungsmaßnahmen, Förderung hauswirtschaftlicher und landwirtschaftlicher sowie sozialpädagogischer Berufe, Ergänzung der Ausstattung der Merian-Schule über die verfügbaren Mittel hinaus, Förderung des Schullebens (z.B. Schüleraustausch, Bildungsreisen, Betriebsbesichtigungen, Schülerzeitung), Pflege der Verbundenheit der Merian-Schule mit ehemaligen Schülern, Lehrern sowie mit Gönnern und Freunden.

Gegenwärtig amtierender Vorstand: Am 11.02. 93 wurde der Vorstand neu gewählt, da Dr. Budig aus dem Schuldienst ausgeschieden war und aus gesundheitlichen Gründen das Amt nach siebenjähriger Tätigkeit und Aufbauarbeit zur Verfügung gestellt hatte. Zur Nachfolgerin wurde Brigida Kraft als Vorsitzende gewählt, zum Stellvertreter Dr. Harald Bobeth; als Kassierer blieb Otto Hoch weiterhin im Amt, und als Schriftführer stellte sich Robert Kastenhuber zur Verfügung.

Rückblick auf 10 Jahre: In den vergangenen zehn Jahren leistete der Verein für das Schulleben der Merian-Schule einen aktiven Beitrag in finanzieller und kultureller Hinsicht. Es wurden Klassenfahrten bezuschußt, Honorare für Autoren und Referenten mitgetragen, die mittägliche Essensausgabe der Schulküche gefördert, Buchpreise für die Klassenbesten gestiftet und Zuwendungen für Partnerschulbesuche in Granada und Guildford gegeben.

Viele Veranstaltungen wie Theaterbesuche, Ausflugsfahrten mit Wanderungen, Diavorträge fanden auch mit dem Seniorenkreis der Schule statt. Hervorzuheben ist auch die Spendenbereitschaft der SeniorInnen, die dem Verein immer eine große Hilfe sind.

Mitgliederentwicklung und Zukunft: Die Mitgliederzahl hat sich seit der Gründung auf 52 erhöht. Im Verhältnis zur Gesamtaufgabe des Vereins, zur Schülerzahl und zur Anzahl der Klassen ist die heutige Mitgliederzahl natürlich viel zu gering. Möge das Fest zum 100jährigen Bestehen der Merian-Schule dazu beitragen, weitere Mitglieder unter Lehrkräften, Eltern und Freunden zu gewinnen, damit auch in Zukunft der Merian-Schule weiterhin die notwendige Unterstützung gewährt werden kann.

Allen Gründern, den Mitgliedern, den Vorstandsmitgliedern, Gönnern und noch hinzukommenden Freunden des Vereins sei hier ein Dankeschön gesagt.

Brigida Kraft

Brigida Kraft

1. Vorsitzende